

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Bundesfinanzgericht hat durch die Senatsvorsitzende Mag. Andrea Ebner, die Richterinnen Mag. Kara Wieland BA sowie die fachkundigen Laienrichter Mag. Johannes Denk und Ing. Mag. Dr. Martin Jilch in der Beschwerdesache ***Beschwerdeführer***, ***Beschwerdeführer Adresse***, vertreten durch LeitnerLeitner GmbH Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Kapuzinerstraße 38, 4020 Linz, über die Beschwerde vom 28. August 2014 gegen den Bescheid des Finanzamtes Wien 12/13/14 Purkersdorf (nunmehr Finanzamt Österreich) vom 19. Dezember 2013 betreffend Einkommensteuer 2003 und die Beschwerden vom 28. November 2014 gegen die Bescheide des Finanzamtes Wien 12/13/14 Purkersdorf (nunmehr Finanzamt Österreich) vom 22. August 2014 betreffend Einkommensteuer 2004 bis 2008, Steuernummer ***Beschwerdeführer Steuernummer***, nach Durchführung einer mündlichen Verhandlung am 8. April 2026 in Anwesenheit der Schriftführerin Petra Rauherz zu Recht erkannt:

- I. Die angefochtenen Bescheide werden gemäß § 279 BAO abgeändert. Die Bemessungsgrundlagen und die Höhe der festgesetzten Abgaben sind den als Beilage angeschlossenen Berechnungsblättern zu entnehmen und bilden einen Bestandteil des Spruches dieses Erkenntnisses.
- II. Gegen dieses Erkenntnis ist eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Art. 133 Abs. 4 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) nicht zulässig.

Entscheidungsgründe

I. Verfahrensgang

Beim Beschwerdeführer fand ab September 2009 eine Außenprüfung nach § 147 BAO iVm § 99 FinStrG statt. Die ursprüngliche Prüfung umfasste die Jahre 2004 bis 2008 und wurde im Jahr 2010 auf die Jahre 2002 und 2003 ausgedehnt. Im Zuge dieser Prüfung gab es ein umfassendes schriftliches Ermittlungsverfahren (Vorhalte insbesondere vom 10.12.2009, 3.12.2010, 23.7.2012, 2.9.2013 und 8.11.2013 und Stellungnahmen des Beschwerdeführers insbesondere vom 4.11.2009, 2.2.2010, 2.3.2011, 17.9.2012, 15.10.2013, 5.11.2013 und 29.11.2013). Die Außenprüfung nahm Einsicht in die Akten der Staatsanwaltschaft Wien

(***Zahl StA 1***; ***Zahl StA 2***) sowie den Akt des Landesgerichtes für Strafsachen Wien (***Zahl LGS***). Des Weiteren wurden Einvernahmen durchgeführt (***Zeuge 1***, ***Zeuge 2***, ***Zeuge 3***, ***Zeuge 4***, ***Zeuge 5***, ***Zeuge 6*** und ***Zeuge 7***). Am 6. August 2012 fand eine Besprechung und am 16. Dezember 2013 die Schlussbesprechung statt. Die Außenprüfung traf folgende Feststellungen: (1) Der Beschwerdeführer habe für seine Tätigkeit als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** höhere Einkünfte erzielt, als bislang bekannt gegeben worden seien. Diese Beträge seien von der ***Steuerberater 1*** monatlich auf ein österreichisches Konto des Beschwerdeführers überwiesen worden („***Steuerberater-Gutschriften***“). (2) Der Beschwerdeführer habe in den beschwerdegegenständlichen Jahren durch die Vermietung von vier Wohnungen Einkünfte erzielt, welche er bislang nicht erklärt habe. (3) Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der damaligen ***Bank 1*** (***Bank 1***) habe er 2004 (EUR 250.000,00), 2006 (EUR 4.181.000,00) und 2007 (EUR 1.532.352,00) höhere Einkünfte erzielt, als er bislang erklärt habe („***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“ und „***Treuhand 1 - Optionen***“). (4) Der Beschwerdeführer habe aufgrund der Übernahme der Hausverwaltung der ***Adresse 1***, weitere Einnahmen erzielt, welche er bislang nicht erklärt habe. (5) Der Beschwerdeführer sei zudem (Vermögens-)Berater von Frau ***Zeuge 1*** gewesen. Die Außenprüfung ermittelte im Wege der Schätzung nach § 184 BAO jährliche Einnahmen in Höhe von EUR 2.000.000,00 und jährliche Ausgaben in Höhe von etwa EUR 22.000,00. Ein Teil dieser Entlohnung sei als Zahlung auf seinen inländischen Konten und als Einmalerlag bei einer Lebensversicherung geleistet worden. Die übrigen Beträge seien auf ausländische Konten des Beschwerdeführers geflossen, die er nicht offengelegt habe. Sie führte aus, dass mangels Mitwirkung des Beschwerdeführers und aufgrund des Umstandes, dass der Beschwerdeführer nachweislich im Ausland über Konten und Vermögen verfügt habe, die Schätzung berechtigt und angemessen sei.

Aufgrund dieser Feststellungen nahm die Abgabenbehörde am 19. Dezember 2013 das Einkommensteuerverfahren 2003 und am 22. August 2014 die Einkommensteuerverfahren 2004 bis 2008 wieder auf und erließ mit selben Tag neue Sachbescheide.

Alle Erledigungen wurden mit den gegenständlichen Beschwerden vom 28. August bzw 28. November 2014 vollumfänglich bekämpft. Der Beschwerdeführer brachte vor, dass (1) die „***Steuerberater-Gutschriften***“ im Zusammenhang mit Funktionen eines „Direktors“ bzw geschäftsleitenden „Members of the board“ in verschiedenen Unternehmen außerhalb Österreichs in Zusammenhang stünden. Österreich besitze daran kein Besteuerungsrecht. (2) Er habe keine Einkünfte aus der Vermietung der Wohnungen erzielt. Diese Einkünfte habe die Miteigentumsgemeinschaft ***Adresse 1***, und einer seiner Söhne, für den der Beschwerdeführer unentgeltlich die Vermietung besorgt habe, erzielt. (3) Die Zuflüsse im Zusammenhang mit dem „***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“ und den „***Treuhand 1 - Optionen***“ seien Spekulationsgeschäfte außerhalb der Spekulationsfrist. Diese Gewinne seien durch den Verkauf von Aktien bzw der Glattstellung von Optionen erzielt worden. Die

jeweiligen Aktien seien jeweils mehr als ein Jahr nach deren Erwerb veräußert worden und daher steuerfrei. (4) Die festgestellten Zuflüsse im Zusammenhang mit der Hausverwaltertätigkeit der ***Adresse 1***, seien lediglich ein Aufwandersatz. (5) Die Schätzung von Einkünften für die Tätigkeit als (Vermögen-)Berater sei zu Unrecht erfolgt. Die Zuflüsse seien Entlohnungen für Tätigkeiten außerhalb Österreichs. Die von der Abgabenbehörde begehrten Auskünfte würden daher keine für die Abgabenerhebung relevanten Umstände betreffen. Insoweit habe der Beschwerdeführer auch seine Mitwirkungspflicht nicht verletzt. Der von der Abgabenbehörde verlangte Nachweis über die Besteuerung im Ausland sei nicht erforderlich und zudem rechtlich unzulässig. Der Beschwerdeführer könne die Unterlagen nicht vorlegen, weil alle wesentlichen Unterlagen beschlagnahmt worden seien. Die Abgabenbehörde habe ihre Ermittlungspflicht nicht erfüllt, weil sie es unterlassen habe, an die Schweiz, Liechtenstein, Niederlande oder niederländische Antillen Auskunftersuchen zu richten. Es bestehe daher keine Schätzungsbefugnis. Darüber hinaus seien die Grundlagen der Schätzung nicht geeignet. Die Außenprüfung habe die Schätzungsgrundlage lediglich oberflächlich ermittelt. Die herangezogenen Vergleichszahlen, welche sich aus einer deutschen Ärztezeitung ergäben, bezögen sich auf Vermögensverwalter, der Beschwerdeführer sei nur ein Vermögensberater gewesen. Es könnte sich bei der deutschen Ärztezeitung auch um eine Einschaltung gegen Entgelt handeln. (6) Die Einkünfte aus der Überweisung der „***Panama*** Fee“ stehe nicht mit der Beratungstätigkeit für ***Zeuge 1*** in Zusammenhang. Es handle sich bei dieser Zahlung im Jahr 2008 um eine Anzahlung für die Suche und Vermittlung eines Ertragsgrundstückes, die im Frühjahr 2009 vom Beschwerdeführer zurückgezahlt worden sei. (7) Den von der Außenprüfung als Zufluss gewerteten Betrag in Höhe von EUR 86.490,00 („Familie ***Familiename 2***“) habe er lediglich als Treuhänder erhalten. Der Beschwerdeführer beantragte die Entscheidung durch den Senat und die Abhaltung einer mündlichen Verhandlung.

Am 29. Oktober 2014 nahm der Beschwerdeführer Akteneinsicht in den Akt der Abgabenbehörde. Am 4. Juli 2018 fand eine Besprechung zwischen der Abgabenbehörde und dem Beschwerdeführer statt.

Die Beschwerden gegen die Wiederaufnahme der Verfahren wies die Abgabenbehörde mit Beschwerdeentscheidung vom 5. September 2014 als verspätet zurück (2003) und mit Beschwerdeentscheidung vom 19. November 2018 als unbegründet ab (2004 bis 2008). Dem Beschwerdebegehren gegen die neuen Sachbescheide wurde insoweit stattgegeben, als bei den geschätzten Einkünften aus der Beratung von ***Zeuge 1*** höhere Betriebsausgaben berücksichtigt wurden. Im Zuge dieser Beschwerdeentscheidungen berücksichtigte die Abgabenbehörde auch eine schweizerische AHV-Rente bei der Berechnung des Durchschnittssteuersatzes. Diese hatte der Beschwerdeführer in einem Schreiben im Zusammenhang mit einer Einkommensteuererklärung der Folgejahre offengelegt. Im Übrigen wurden die Beschwerden abgewiesen.

Am 25. März 2019 wurde dem Beschwerdeführer neuerlich Akteneinsicht von der Abgabenbehörde gewährt. Mit Schreiben vom 31. Mai 2019 wurde ein Antrag auf Entscheidung über die Beschwerden durch das Bundesfinanzgericht gestellt. Ergänzende Ausführungen machte der Beschwerdeführer in diesem Zusammenhang keine. Am 25. Juni 2020 wurde die Ernst & Young Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., die den Beschwerdeführer bereits bislang im Verfahren vertreten hatte, zu dessen Verfahrenshelfer bestellt. Am 9. Juli 2020 wurden die Beschwerden dem Bundesfinanzgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Von November 2024 bis April 2025 erfolgte ein Schriftsatzwechsel zwischen den Parteien (Abgabenbehörde: 20.3.2025, 14.5.2025; Beschwerdeführer: 19.11.2024, 19.12.2024, 30.1.2025, 19.3.2025, 31.7.2025). Dieser betraf vorwiegend die (3) Ausführungen zu den Zuflüssen im Zusammenhang mit dem „***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“ und den „***Treuhänder 1 - Optionen***“ sowie (5) die Schätzung der Einkünfte aus der Beratung von ***Zeuge 1***. Am 26. Juli 2024 legte die Abgabenbehörde dem Bundesfinanzgericht den Arbeitsbogen vor. Im Jahr 2024 wurde dem Beschwerdeführer Einsicht in den Akt des Bundesfinanzgerichtes gewährt. Am 19. März 2025 wies sich LeitnerLeitner GmbH Wirtschaftsprüfer und Steuerberater als bevollmächtigter Vertreter des Beschwerdeführers aus.

Mit Beschluss vom 21. Oktober 2025 wurde der Vorlageantrag gegen den Wiederaufnahmebescheid 2003 wegen Verspätung zurückgewiesen (GZ RV/7102988/2020).

Am 12. Dezember 2025 fand vor dem Bundesfinanzgericht ein Erörterungstermin statt. Vom Beschwerdeführer wurde zu den Feststellungen der Außenprüfung Folgendes vorgebracht bzw stellte er deren Feststellungen weitestgehend außer Streit: (1) Wie von der Außenprüfung festgestellt, habe der Beschwerdeführer für seine Tätigkeit als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** höhere Einkünfte („***Steuerberater-Gutschriften***“) erzielt. (2) Der Beschwerdeführer habe in den beschwerdegegenständlichen Jahren durch die Vermietung von vier Wohnungen Einkünfte in der von der Außenprüfung festgestellten Höhe erzielt. (3) Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1*** habe er im Jahr 2004 EUR 250.000,00 an Einkünften erzielt („***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“). Weitere steuerpflichtige Einnahmen habe er durch diese Tätigkeit als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender nicht erzielt („***Treuhänder 1 - Optionen***“). (4) Der Beschwerdeführer habe aufgrund der Übernahme der Hausverwaltung der ***Adresse 1***, Einnahmen erzielt, welche er bislang nicht erklärt habe. Hinsichtlich der Feststellungen der Außenprüfung im Zusammenhang (5) mit seiner Beratung von ***Zeuge 1*** räumte er ein, dass es sich bei den auf seinen österreichischen Konten eingelangten Geldbeträgen um steuerpflichtige Einkünfte aus dieser Tätigkeit handle, die in Österreich zu versteuern seien. Die darüber hinaus geschätzten Beträge der Außenprüfung seien unrichtig. (6) Die als „***Panama*** Fee“ bezeichneten Beträge im Jahr 2008 seien nicht steuerpflichtig, weil er diese Beträge im Jahr 2009 zurückgezahlt habe. Ebenso sei (7) ein Zufluss im Jahr 2005 in Höhe

von EUR 86.490,00 („Familie ***Familiennamen 2***“) kein steuerpflichtiger Zufluss. Dieses Geld habe er lediglich treuhändig erhalten bzw weitergeleitet. (8) Im Zuge dieses Erörterungstermins legte der Beschwerdeführer weitere bislang nicht erklärte Einnahmen offen. Es handelte sich hierbei um Beträge einer schweizerischen Gesellschaft „***Gesellschaft 2***“ sowie einer Gesellschaft auf den niederländischen Antillen „***Gesellschaft 3***“, welche auf einem seiner Konten bei der ***Bank 2*** eingegangen seien (etwa EUR 60.000,00 pro Jahr). Der Abgabenbehörde wurde die Möglichkeit eingeräumt, bis 16. Jänner 2026 zu den nunmehrigen Offenlegungen bzw Vorbringen Stellung zu nehmen.

Mit Bescheid vom 17. Dezember 2025 wurde die Ernst & Young Steuerberatungsgesellschaft m.b.H. als Verfahrenshelfer enthoben und die LeitnerLeitner GmbH Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zum Verfahrenshelfer des Beschwerdeführers bestellt.

In der Zeit von Jänner bis März 2026 erfolgte ein weiterer Schriftsatzwechsel (Abgabenbehörde: 16.1.2026, 18.3.2026, 27.3.2026; Beschwerdeführer: 20.2.2026, 27.3.2026, Beschlüsse des Bundesfinanzgerichtes: 20.1.2026, 26.2.2026, 13.3.2026) sowie die Ladung zur mündlichen Verhandlung am 8. April 2026 (Beschluss 20.1.2026). Die Ausführungen der Parteien befassten sich mit (1) den Bezügen des Beschwerdeführers als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** insbesondere mit der Höhe der in diesem Zusammenhang erhaltenen Boni. In diesem Zusammenhang bestritt der Beschwerdeführer, dass er als Vorstand gesonderte Boni erhalten habe. Die von ihm in einer Notiz vom April 2009 festgehaltenen Werte seien lediglich Planwerte gewesen. Sein Tätigwerden sei insgesamt abgegolten worden, weil er seine Tätigkeit insgesamt dem Konzern gewidmet habe. Hierzu führte die Abgabenbehörde aus, dass das Vorbringen des Beschwerdeführers nicht glaubwürdig sei. Des Weiteren übermittelte die Abgabenbehörde eine detaillierte Aufstellung der (2) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung zu drei der vom Beschwerdeführer vermieteten Wohnungen. Hierzu brachte der Beschwerdeführer nichts vor. Im Zusammenhang mit (3) den „***Bank 1-Optionen***“ wurde vom Beschwerdeführer vorgebracht, dass die Entscheidung des Beschwerdeführers im Jahr 2006, die ihm von der ***Bank 1*** eingeräumten Optionen verfallen zu lassen, in diesem Jahr zu negativen Einkünften in Höhe von EUR 3.226.500,00 geführt habe. Der Beschwerdeführer habe im Jahr 2008 zudem eine „Schadenswiedergutmachung“ in Höhe von EUR 2.474.285,80 geleistet, die in voller Höhe zu berücksichtigen sei. Die Abgabenbehörde bestritt beides. Im Zusammenhang mit (5) den Einkünften als Berater von ***Zeuge 1*** wurde zu deren Berechtigung (insbesondere fehlende Nachvollziehbarkeit von Zahlungsflüssen) und deren Grundlagen (insbesondere das Vermögen von ***Zeuge 1*** bzw dessen Entwicklung) ausgeführt. Hinsichtlich der (6) „***Panama*** Fee“ teilte der Beschwerdeführer mit, dass zu der zugrundeliegenden Vereinbarung keine Unterlagen vorliegen würden. Er legte eine Bestätigung eines Steuerberaters vor, dass es sich nicht um steuerpflichtige Einkünfte handle. Hinsichtlich (7) des Zahlungsflusses von EUR 86.490,00 („Familie ***Familiennamen 2***“) bestritt der Beschwerdeführer weiterhin, dass eine Betriebseinnahme vorliege bzw falls das

Bundesfinanzgericht eine Betriebseinnahme bejahen würde, liege aufgrund der Weiterleitung des Betrages auch eine Betriebsausgabe in gleicher Höhe vor. Die Abgabenbehörde führte im Zuge dieses Schriftsatzwechsels aus, dass die im Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 offengelegten Kontoauszüge (8) auch Dividendenbezüge zeigen würden, die in Österreich zu versteuern seien (durchschnittlich EUR 1.500,00 pro Jahr).

Der Beschwerdeführer teilte im Zuge dieses Schriftsatzwechsels auch mit, dass er sein Beschwerdebegehren betreffend die Bescheide mit denen die Einkommensteuerverfahren 2004 bis 2008 wiederaufgenommen wurden, nicht mehr aufrecht erhielt. Mit Beschluss vom 26. Februar 2026 wurden die Beschwerden gegen diese Bescheide als gegenstandslos erklärt (GZ RV/7102995/2020).

Am 8. April 2026 fand eine mündliche Verhandlung vor dem Senat statt.

II. Das Bundesfinanzgericht hat erwogen:

Sachverhalt

1. Tätigkeiten des Beschwerdeführers für die Familie ***Familiennamen 1***

1.1. ***Vorname Familienname 1*** und der „Konzern ***Konzern***“

Vorname Familienname 1 stammte aus einer ***Name Stadt*** Industriellenfamilie. Nachdem er nach dem zweiten Weltkrieg enteignet und des Landes verwiesen wurde, ließ er sich in Österreich nieder. Er erwarb eine kleine Lackfabrik, baute sie durch sein unternehmerisches Geschick zur größten Lackfabrik Österreichs aus und legte so den Grundstein für den „Konzern ***Konzern***“. Dieser „Konzern ***Konzern***“ war sowohl im Inland als auch im Ausland tätig und umfasste insbesondere industrielle Betriebe (zB ***Gesellschaft 1*** und ***Gesellschaft 4*** und deren operativ tätige Tochter- und Enkelgesellschaften), eine Privatbank (***Bank 1***), Immobiliengesellschaften (***Immobiliengesellschaft 1*** [***Immobiliengesellschaft 1***] und ***Immobiliengesellschaft 2*** [***Immobiliengesellschaft 2***]), landwirtschaftliche Betriebe und Zinshäuser.

Aufgrund seiner persönlichen Lebensgeschichte befürchtete ***Vorname Familienname 1***, dass er sein gesamtes Vermögen (erneut) verlieren könnte, wenn Österreich von der Sowjetunion besetzt werden würde. Aufgrund dessen traf ***Vorname Familienname 1*** insbesondere folgende Entscheidungen:

Er bediente sich zunächst gesellschaftsrechtlicher Konstrukte, welche ihn und seine Familie als wahre wirtschaftliche Eigentümer durch eine Vielzahl an (Briefkasten-)Gesellschaften oder den Einsatz von Treuhändern verschleierten. So waren die formalen Eigentümer aller industriellen

Betriebe der Familie ***Familiennamen 1*** seit den 1970er Jahren Liechtensteiner Stiftungen, insbesondere die ***Stiftung 1*** und die ***Stiftung 2***, ab 1989 auch die ***Stiftung 3*** und ab 1994 auch die ***Stiftung 4***. Begünstigte der Stiftungen waren ***Vorname Familiennamen 1*** und dessen Familie. Nach dem Ableben war sein Sohn bzw dessen Nachkommen in der ***Stiftung 2*** und seine Tochter bzw deren Nachkommen in der ***Stiftung 1*** begünstigt.

Durch diese regelmäßig adaptierten gesellschaftsrechtlichen Konstrukte verbrachte er große Teile des „***Name des Konzerns***“ sowie seines Vermögens ins Ausland. Dies betraf neben dem industriellen Bereich des „***Name des Konzerns***“ auch das aufgrund des unternehmerischen Erfolgs im Laufe der Jahre zusammengekommene beträchtliche Privatvermögen. Diese privaten Vermögenswerte bestanden aus juristischen Personen/Beteiligungen, Wertschriften, Bankguthaben und ähnlichen Investments in einer Reihe von Ländern (England, Kanada, Holland, Schweiz und Liechtenstein). Aufgrund seiner Größe wurde dieses Privatvermögen in der Schweiz gesondert verwaltet. Diese Aufgabe war in der ***Gesellschaft 2*** (***Gesellschaft 2*** [bis 1998], ***Gesellschaft 2*** [bis 2010], ***Gesellschaft 2*** [ab 2010]) angesiedelt. In dieser als Familyoffice bezeichneten Gesellschaft wurden insbesondere die Entscheidungen getroffen, wo welche Gesellschaft gegründet und mit welcher Bank sowie in welcher Währung sie finanziert wird.

Des Weiteren scheute ***Vorname Familiennamen 1*** die Öffentlichkeit und wickelte seine Geschäfte äußerst diskret und sofern möglich mündlich ab. Es gab nur einen kleinen Personenkreis, dem ***Vorname Familiennamen 1*** vertraute und den er in den Aufbau und die Organisation des „***Name des Konzerns***“ einweihte.

1.2. Vita des Beschwerdeführers

1.2.1. 1961 bis 1969

Der Beschwerdeführer absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften in Wien. Während des Studiums war er Revisionsassistent bei Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Er war nach Abschluss seines Studiums bei dem ***Steuerberater 2*** und sodann bei der ***Steuerberater 3*** tätig. In dieser Zeit absolvierte er die Kurse für die Steuerberaterprüfung. Die Prüfung selbst legte er nicht ab.

1.2.2. 1970 bis 1999

1970 wechselte der Beschwerdeführer in das Unternehmen des damals 63-jährigen ***Vorname Familiennamen 1***. Er wurde dessen Sekretär in der ***Gesellschaft 5***, welche zu diesem Zeitpunkt alle industriellen Betriebe der Familie ***Familiennamen 1*** verwaltete. Zunächst bestand seine Aufgabe darin, die Zahlen der Tochterunternehmen aufzuarbeiten und übersichtlich darzustellen. Er baute ein Berichtswesen auf, durch das schnell

und regelmäßig erkennbar war, wo Umsätze gemacht bzw das Geld verdient wurde. Des Weiteren wurden der Lagerbestand, die Forderungen, das Bargeld und die Verbindlichkeiten der einzelnen Tochterunternehmen abgebildet. Dieses Berichtswesen entsprach dem Grundsatz von ***Vorname Familienname 1*** „Schnelligkeit und Übersicht geht vor Genauigkeit“.

1972 zog ***Vorname Familienname 1*** den Beschwerdeführer hinsichtlich des im Ausland befindlichen Vermögens ins Vertrauen. Dies betraf insbesondere das in der Schweiz befindliche bzw dort verwaltete Privatvermögen der Familie ***Familienname 1***. Der Beschwerdeführer tat sodann viel für dieses Privatvermögen und entwickelte sich dadurch zu einem engen Vertrauten von ***Vorname Familienname 1***.

Dies führte dazu, dass er ab 1987 verschiedene (geschäftsführende) Positionen übernahm. Bis zu seinem Tod übertrug ihm ***Vorname Familienname 1*** in Österreich sechs Vorstandspositionen (***Gesellschaft 6***, ***Gesellschaft 7***, ***Gesellschaft 8***, ***Gesellschaft 9***, ***Gesellschaft 4***, ***Gesellschaft 1***) und neun Aufsichtsratsmandate (***Gesellschaft 10***, ***Gesellschaft 11***, ***Immobilien-gesellschaft 1***, ***Gesellschaft 12***, ***Gesellschaft 13***, ***Gesellschaft 14***, ***Gesellschaft 15***, ***Gesellschaft 16***, ***Gesellschaft 17***). Darüber hinaus übertrug ihm ***Vorname Familienname 1*** auch in ausländischen Gesellschaften Aufgaben, wobei der Beschwerdeführer hierfür teilweise als Organ der ausländischen Gesellschaften bestellt wurde (zB ***Gesellschaft 18***.) und teilweise ohne formelle Bestellung Aufgaben übernahm (***Stiftung 1***, ***Stiftung 4***, ***Gesellschaft 19***, ***Gesellschaft 20***, ***Landwirtschaftlicher Betrieb 1***, ***Landwirtschaftlicher Betrieb 2***, ***Gesellschaft 21***, ***Stiftung 5***, ***Gesellschaft 22***, ***Gesellschaft 3***, ***Gesellschaft 23***, ***Gesellschaft 24***).

1.2.3. 2000 bis 2009

Nach dem Tod von ***Vorname Familienname 1*** im Jänner 2000 übernahm ***Zeuge 1*** das Erbe, welches ihr Vater für sie vorgesehen hatte. In den ihr zugefallenen Gesellschaften und Stiftungen übernahm sie insbesondere Aufsichtsratsposten. So traf sie als nunmehrige (wirtschaftliche) Eigentümerin die wesentlichen insbesondere strategischen Entscheidungen. Sie hatte ihr Büro in der ***Adresse Büro***.

Der ihr zugefallene Teil des Vermögens hatte in etwa folgende Struktur: Eine wesentliche Gesellschaft war die ***Gesellschaft 19***. in den Niederlanden. Diese hatte insbesondere folgende (Tochter-)Gesellschaften:

- Die österreichische ***Gesellschaft 1*** (insbesondere mit deren operativ tätigen Tochtergesellschaften: ***Gesellschaft 27***, ***Gesellschaft 25***, ***Gesellschaft 26***).

- Die österreichische ***Bank 1*** sowie indirekt (über Managementverträge) insbesondere die ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2***.
- Die das Privatvermögen verwaltende und als Familyoffice bezeichnete ***Gesellschaft 2*** in der Schweiz. Zu dem von ihr verwalteten Vermögen zählten unter anderem Zinshäuser in der Schweiz (Lausanne und Zürich) und Farmen (***Landwirtschaftlicher Betrieb 1*** und ***Landwirtschaftlicher Betrieb 2***) sowie ein fünf Häuser umfassender Gebäudekomplex in Vancouver, in dem sich Wohnungen und Büros befanden.

Die ***Gesellschaft 19*** war eine 100%-ige Tochter der ***Gesellschaft 3*** auf den niederländischen Antillen. Diese stand wiederum im Alleineigentum der ***Stiftung 4*** in Vaduz. Begünstigter der ***Stiftung 4*** war die ***Stiftung 1***. Begünstigte der ***Stiftung 1*** waren nach dem Tod von ***Vorname Familienname 1*** seine Tochter ***Zeuge 1*** und ihre Nachkommen. Die ***Stiftung 1*** bestand im Wesentlichen aus Stiftungsräten, die für die Ausschüttungen der Dividenden an die Familienmitglieder bzw. Begünstigten zuständig waren.

Die Tätigkeit des Beschwerdeführers änderte sich durch den Wechsel von ***Vorname Familienname 1*** zu ***Zeuge 1*** grundsätzlich nicht.

Im Jahr 2008 wurde die ***Bank 1*** von ***Zeuge 1*** um EUR 1,00 (not-)verkauft. In diesem Zusammenhang erfolgte eine Umstrukturierung und es wurde eine Vielzahl von Gesellschaften gegründet. Der Beschwerdeführer wurde in folgenden Gesellschaften, die alle ihre Geschäftsanschrift in der ***Adresse Büro***, hatten, zum Geschäftsführer bestellt: ***Gesellschaft 28***, ***Gesellschaft 29***, ***Gesellschaft 30***, ***Gesellschaft 31***, ***Gesellschaft 32***, ***Gesellschaft 33***, ***Gesellschaft 34***, ***Gesellschaft 35***, ***Gesellschaft 36***, ***Gesellschaft 37***, ***Gesellschaft 38***, ***Gesellschaft 39***, ***Gesellschaft 40***, ***Gesellschaft 41***, ***Gesellschaft 42***, ***Gesellschaft 43***, ***Gesellschaft 44***, ***Gesellschaft 45***, ***Gesellschaft 46***, ***Gesellschaft 47*** und ***Gesellschaft 48***.

Mit Ablauf des 31. Dezember 2008 endete das Vorstandsmandat des Beschwerdeführers für die ***Gesellschaft 1***. In diesem Zusammenhang wurde sein Dienstverhältnis einvernehmlich aufgelöst.

Im Juni 2009 wurde der Beschwerdeführer als Geschäftsführer in allen ***Zeuge 1*** zuzuordnenden Gesellschaften abberufen.

1.3. Einkünfte des Beschwerdeführers in diesem Zusammenhang

Die Tätigkeit des Beschwerdeführers umfasste im beschwerdegegenständlichen Zeitraum zwei Bereiche. Dies war einerseits seine Tätigkeit als Vorstand der ***Gesellschaft 1***. Andererseits war er auch der „Sekretär“ von ***Zeuge 1***.

Der Beschwerdeführer übte beide Tätigkeiten in einem Büro in der ***Adresse Büro***, aus.

In seiner Funktion als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** unternahm er Dienstreisen zu den österreichischen und ausländischen Zweigstellen der ***Gesellschaft 1***. Dies waren jeweils Tagesreisen.

In seiner Funktion als „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** war er ebenfalls in geringem Umfang auf Reisen. Diese betrafen einerseits die Teilnahme an Sitzungen, wofür der Beschwerdeführer für ein bis zwei Nächte insbesondere in die Schweiz, Niederlande und nach Liechtenstein reiste. Des Weiteren reiste er einmal pro Jahr nach Kanada. Diese Reise dauerte durchschnittlich eine Woche.

Alle dadurch entstandenen Reisekosten wurden dem Beschwerdeführer ersetzt. Diese Kostenersätze erfolgten durch Gesellschaften bzw Stiftungen, die ***Zeuge 1*** zuzuordnen waren („***Konzern-Gesellschaften***“). Dies waren insbesondere die ***Gesellschaft 2***, ***Gesellschaft 49***, ***Gesellschaft 50***, ***Stiftung 4***, ***Gesellschaft 19***.

1.3.1. Vorstand der *Gesellschaft 1*****

Im beschwerdegegenständlichen Zeitraum war der Beschwerdeführer Vorstand der ***Gesellschaft 1***. Ihm kamen als solcher insbesondere folgende Aufgaben zu: Sicherstellung von ausreichend liquiden Mitteln für das laufende Geschäft, für Investitionen und für Zukäufe von Beteiligungen sowie des Gleichgewichts zwischen Umsätzen und Erträgen. Des Weiteren oblag ihm die Suche, Anstellung einschließlich Vergütungsvereinbarung sowie Kündigung von Führungskräften. Zu seinen Aufgaben zählten außerdem die Berichterstattung an den Aufsichtsrat und Kommunikation mit dem Finanzamt sowie den Banken, Wirtschaftsprüfern und Minderheitsaktionären. Schließlich oblag ihm auch die Ausarbeitung des jährlichen Geschäftsberichtes.

Er übte diese Tätigkeit im Rahmen eines Dienstverhältnisses aus und ging im Dezember 2008 in Pension. Anlässlich seiner Pensionierung erhielt der Beschwerdeführer eine Abfertigung „alt“ in Höhe von EUR 600.000,00.

Der Beschwerdeführer erhielt für die zuvor beschriebene Tätigkeit folgende Beträge: Ein Teil wurde von der ***Gesellschaft 1***, für die ein Lohnzettel an die Abgabenbehörde übermittelt wurde, ausbezahlt. Ein zweiter und größerer Teil wurde von der ***Steuerberater 1*** mit dem Verwendungszweck „Honorarverrechnung“ („***Steuerberater-Gutschriften***“) ausbezahlt. Es gab zudem im Jahr 2003 eine einmalige Zahlung von der ***Gesellschaft 2*** in Höhe von EUR 44.955,00. Im Jahr 2008 erhielt der Beschwerdeführer von der ***Gesellschaft 1*** zudem einen Bonus in Höhe von EUR 1.000.000,00. Dies waren in den beschwerdegegenständlichen Jahren folgende Beträge:

Gesellschaft 1	Bruttobezüge ***Gesellschaft 1*** lt Lohnzettel (KZ 210)	„***Steuerberater-Gutschriften***“ und Zahlung der ***Gesellschaft 2***
2003	EUR 121.760,27	EUR 191.355,00
2004	EUR 140.289,10	EUR 158.600,00
2005	EUR 140.694,97	EUR 146.400,00
2006	EUR 140.949,49	EUR 146.400,00
2007	EUR 141.140,44	EUR 146.400,00
2008	EUR 1.741.372,54	EUR 146.400,00

Diese Beträge flossen dem Beschwerdeführer auf sein österreichisches Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) zu.

1.3.2. „Sekretär“ von *Zeuge 1*****

Zusätzlich war der Beschwerdeführer als „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** tätig. Es oblag ihm, die Interessen von ***Zeuge 1*** zu wahren, wie er es zuvor für ihren Vater ***Vorname Familienname 1*** getan hatte. Diese Funktion brachte vielfältige Aufgaben mit sich:

Die unmittelbare Unterstützung und Beratung von ***Zeuge 1***. Dies geschah insbesondere durch Besprechungen, die ein- bis zweimal pro Woche in Wien stattfanden. ***Zeuge 1*** schätzte den Beschwerdeführer, weil er bereits für ihren Vater Jahrzehnte tätig war und über entsprechendes Wissen über den „Konzern ***Konzern***“ und dessen Organisation verfügte. Des Weiteren zog sie ihn als Jurist insbesondere wegen seiner fachlichen Kompetenz im internationalen Steuerrecht zu Rate. Dieses Fachwissen war auch der wesentliche Grund dafür, dass ***Zeuge 1*** den Beschwerdeführer den Sitzungen der Stiftungen beizog. In diesem Zusammenhang übertrug sie ihm auch die ordnungsgemäße Abhaltung der Sitzungen und Erstellung der Sitzungsprotokolle.

Des Weiteren oblag ihm die Organisation, Ausführung und Überwachung der von ***Zeuge 1*** getroffenen Entscheidungen. Diese Aufgaben waren vielseitig und reichten von dem Kauf von Wertpapieren, Vorbereitung von Steuererklärungen bis zur Teilnahme an Besprechungen zB der ***Gesellschaft 19***, in der er wiederum über die Entwicklung von Gesellschaften des „***Name des Konzerns***“ oder über Entscheidungen, die in übergeordneten Strukturen getroffen worden waren, berichtete oder ihm wiederum Aufgaben übertragen wurden, welche der Planung und Entwicklung zB der ***Gesellschaft 19*** dienten.

Dem Beschwerdeführer oblag weiters die Überwachung der Beteiligungen. Dies erfolgte durch die fortgesetzte Tätigkeit als bzw Bestellung zum Aufsichtsrat (***Immobilien-gesellschaft 1*** [ab 1994], ***Immobilien-gesellschaft 2*** [ab 2001], ***Bank 1*** [1994 – 2009], ***Immobilien-gesellschaft 3*** [2001 – 2008], ***Gesellschaft 16*** [1999 – 2008], ***Gesellschaft 17*** [1999 – 2008], ***Gesellschaft 7*** [2002 – 2005], ***Gesellschaft 15*** [1998 – 2004], ***Gesellschaft 26*** [2005 – 2009], ***Gesellschaft 62*** [2007 – 2009], ***Gesellschaft 27*** [1999 – 2009], ***Gesellschaft 51*** [2005 – 2009], ***Gesellschaft 52*** [2002 – 2009]). Ebenso erfolgten zu diesem Zweck die Bestellung zum Vorstand (***Stiftung 6*** [2000 – 2009]), zum Direktor (Schweiz: ***Gesellschaft 53*** [2004 – 2008], ***Gesellschaft 54*** [2007 – 2008] und ***Gesellschaft 55***. [1980 – 2005], Niederlande: ***Gesellschaft 56*** B.V. [2006 – 2009], Kanada: ***Gesellschaft 24***., ***Gesellschaft 57***, ***Gesellschaft 58***, ***Gesellschaft 59***), zum Vorsitzenden und zum Verwaltungsrat (***Gesellschaft 60*** [2008], ***Gesellschaft 61***. [2003 – 2008]). Er übernahm zudem Überwachungsaufgaben in Gesellschaften ohne eine formelle Position inne zu haben.

Er war zudem Ansprechpartner für die in- und ausländischen Gesellschaften des „***Name des Konzerns***“ sowie der Stiftungsräte und allgemein das Bindeglied zwischen den operativ tätigen Gesellschaften und den vermögensverwaltenden Gesellschaften und Stiftungen.

Der Beschwerdeführer erhielt für diese Funktion eine fixe jährliche Vergütung in Höhe von CHF 91.000,00. Dies waren in den beschwerdegegenständlichen Jahren folgende Beträge:

2003	EUR 59.867,08
2004	EUR 58.954,35
2005	EUR 58.763,25
2006	EUR 57.843,24
2007	EUR 55.406,26
2008	EUR 57.397,34

Diese Beträge flossen dem Beschwerdeführer auf sein Konto bei der ***Bank 2*** (***Kontonummer 1 bei Bank 2***) zu.

1.4. Erfolgsabhängige Entlohnung

Zudem erhielt der Beschwerdeführer jährlich eine erfolgsabhängige Entlohnung. Diese spiegelte den Erfolg des „***Name des Konzerns***“ wider bzw trug der Wertsteigerung des Vermögens von ***Zeuge 1*** Rechnung. Diese erfolgsabhängige Entlohnung, die den

Beschwerdeführer an diesem Erfolg teilhaben lassen sollte, wurde für beide Tätigkeiten des Beschwerdeführers gewährt bzw wurden beide Tätigkeiten bei der Ermittlung der Höhe berücksichtigt:

1.4.1. Tantieme als Vorstand der ***Gesellschaft 1***

Für diese Tätigkeit erhielt der Beschwerdeführer eine jährliche Tantieme, die von ihm auch als Bonus bezeichnet wurde. Diese richtete sich nach dem „net income“ der ***Gesellschaft 1***. Dieses betrug in den beschwerdegegenständlichen Jahren wie folgt:

	net income
2003	EUR 20.000.000,00
2004	EUR 37.000.000,00
2005	EUR 45.000.000,00
2006	EUR 50.000.000,00
2007	EUR 91.000.000,00
2008	EUR 75.000.000,00

Die davon abgeleitete Tantieme des Beschwerdeführers betrug in den beschwerdegegenständlichen Jahren wie folgt:

	Dem Beschwerdeführer zustehende Tantieme	% des net income
2003	EUR 110.000,00	0,55%
2004	EUR 203.500,00	0,55%
2005	EUR 300.000,00	0,67%
2006	EUR 300.000,00	0,6%
2007	EUR 400.000,00	0,44%
2008	EUR 340.000,00	0,47%

Die Boni der Jahre 2003 bis 2007 flossen dem Beschwerdeführer in der ihm zustehenden Höhe zu. Im Jahr 2008 floss ihm lediglich ein Teil dieses Betrages in Höhe von EUR 60.000,00 zu.

1.4.2. Belohnung als „Sekretär“ von ***Zeuge 1***

Hierfür erhielt der Beschwerdeführer in den beschwerdegegenständlichen Jahren folgende Beträge als Belohnung:

2003	EUR 749.000,00
2004	EUR 876.330,00
2005	EUR 1.000.000,00
2006	EUR 1.170.000,00
2007	EUR 1.368.900,00
2008	EUR 800.806,50

1.4.3. Zahlungsmodalitäten

Die Höhe der erfolgsabhängigen Entlohnung wurde von den zuständigen Gremien beschlossen. Im Anschluss wurde dem Beschwerdeführer der ihm zugesprochene Betrag ausbezahlt. Die Auszahlungen erfolgten insbesondere durch ausländische Gesellschaften (***Gesellschaft 2***, ***Gesellschaft 3***.) und Liechtensteiner Stiftungen (***Stiftung 1***, ***Stiftung 4***). In den beschwerdegegenständlichen Jahren erhielt der Beschwerdeführer die erfolgsabhängige Entlohnung unter anderem durch Überweisungen auf seine österreichischen Konten und Einmalerläge bzw Erhöhungen von Lebensversicherungen:

	Betrag	Auftraggeber	Eingegangen auf Konto bzw zu Polizzennummer
2003	EUR 100.000,00	***Gesellschaft 2*** (Konto bei ***Bank 1*** (**Kontonummer 1 bei Bank 1**))	***Versicherungspolizze 1***
	EUR 759.000,00	***Stiftung 1***	***Versicherungspolizze 2***
2004	EUR 100.000,00	***Stiftung 4***	***Bank 1*** (***Kontonummer 2 bei Bank 1***)

	EUR 350.000,00	***Gesellschaft 2*** (Konto bei ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***))	***Versicherungspolizze 2***
2005	EUR 249.500,00	***Gesellschaft 3***.	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)
	EUR 1.000.000,00		***Versicherungspolizze 3***
2006	EUR 150.000,00	***Gesellschaft 2*** (Konto bei ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***))	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)
	EUR 149.700,00	***Gesellschaft 2***	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)
2007	EUR 200.000,00	***Gesellschaft 2*** (Konto bei ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***))	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)
	EUR 231.846,00	***Gesellschaft 2*** (Konto bei ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***))	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)
	EUR 99.800,00	***Gesellschaft 2***	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)
	EUR 250.000,00	***Gesellschaft 2*** (Konto bei ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***))	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)
2008	EUR 500.000,00	***Gesellschaft 3***.	***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***)

1.5. Angestellter bei der ***Gesellschaft 2***

Der Beschwerdeführer war zudem Angestellter der ***Gesellschaft 2***. Als dieser erhielt er ein jährliches Gehalt in folgender Höhe:

	Jahresbezug
2003	EUR 13.561,54
2004	EUR 14.568,85
2005	EUR 14.521,63
2006	EUR 14.326,05
2007	EUR 13.728,58
2008	EUR 13.036,77

Die monatlichen Gehälter wurden auf das Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 2*** (**Kontonummer 1 bei Bank 2***) überwiesen. Die Steuer wurde von der ***Gesellschaft 2*** in der Schweiz abgeführt. In den Jahren 2007 und 2008 entrichtete der Beschwerdeführer Steuer in Höhe von EUR 876,00 bzw EUR 832,00 in der Schweiz.

2. Strafrechtliche Verurteilung des Beschwerdeführers zu *Zahl LGS*****

2.1. Allgemeines zum Aufbau der *Bank 1*****

Die ***Bank 1*** entstand ***Jahr der Eintragung Bank 1*** durch Eintragung in das Firmenbuch. Um eine Änderung des Bankwesengesetzes zu umgehen bzw in diesem Zusammenhang das Eigenkapital nicht beträchtlich erhöhen zu müssen, wurde in den 1990er Jahren ein Geflecht aus zahlreichen Gesellschaften gebildet:

Zunächst wurden die ***Schwestergesellschaft 1*** (**Schwestergesellschaft 1***) und die ***Schwestergesellschaft 2*** (**Schwestergesellschaft 2***) als Schwestergesellschaften der ***Bank 1*** gegründet. Deren Vorstände waren lediglich formaliter bestellt. Des Weiteren wurden die ***Zwischenholding 1*** und die ***Zwischenholding 2*** als Zwischenholdings gegründet. An diesen Zwischenholdings waren die ***Schwestergesellschaft 1*** sowie die ***Schwestergesellschaft 2*** jeweils zu 40,5% und die ***Bank 1*** zu 19% beteiligt. Des Weiteren wurde eine Vielzahl an Tochtergesellschaften gegründet. Diese waren grundsätzlich selbständig und verfügten über eine eigene Bilanz und trugen ihre Verluste selbst.

Die ***Bank 1***, die ***Schwestergesellschaft 1***, die ***Schwestergesellschaft 2*** und die Gesellschaften, an denen diese beteiligt waren, wurden intern trotzdem als Konzerngruppe

verstanden. Um dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der ***Bank 1*** einen Überblick über alle Gesellschaften zu ermöglichen, wurde jährlich ein Managementletter erstellt. In diesem wurden die Ergebnisse sowie die Lage aller Gesellschaften gemeinsam dargestellt bzw. zusammengefasst. Innerhalb der ***Bank 1*** verwendete man hierfür die Metapher, dass ein Leintuch über alle Gesellschaften, die zur ***Bank 1*** gehörten bzw. an denen die ***Bank 1*** nur zu lediglich 19% beteiligt war, gespannt wurde (Begriff der „Leintuchgesellschaften“). Diese wirtschaftliche (Gesamt-)Betrachtung war Teil der Unternehmensstruktur bei der ***Bank 1*** und allgemeines Verständnis.

Über ihren Vorstand ***Vorstand 1*** nahm die ***Bank 1*** maßgeblichen Einfluss auf alle Gesellschaften, obwohl sie teilweise nur mit 19% beteiligt war. ***Vorstand 1*** traf in allen Gesellschaften der ***Bank 1*** die maßgeblichen Entscheidungen, weil er entweder deren eingetragener oder de facto Geschäftsführer war. Die jeweiligen entscheidungs- und vertretungsbefugten Organe wussten dies und verhielten sich entsprechend. Zwei dieser Organe waren ***Geschäftsführer 1*** und ***Geschäftsführer 2***, die in einer Vielzahl an „Leintuchgesellschaften“ Geschäftsführer waren. Er war zur Vertretung aller Gesellschaften nach außen befugt und hatte die Befugnis über das Vermögen dieser Gesellschaften zu verfügen und sie rechtsgeschäftlich zu verpflichten. Er hatte auch nach außen hin maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsführung.

Die ***Immobilien-gesellschaft 1*** und die ***Immobilien-gesellschaft 2*** waren selbständige Unternehmen. Sie waren aufgrund sogenannter Managementverträge insbesondere in personeller Hinsicht mit der ***Bank 1*** verbunden. ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** waren dadurch Vorstand der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2*** und gleichzeitig zwei von drei Vorständen der ***Bank 1***. Zusätzlich stellte die ***Bank 1*** der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2*** auch die Infrastruktur und die Mitarbeiter zur Verfügung. Diese Verbindung bestand auch auf Ebene des Aufsichtsrates: So war der Beschwerdeführer Aufsichtsratsvorsitzender der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und der ***Immobilien-gesellschaft 2*** und auch gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1***.

2.2. Private Placement der *Immobilien-gesellschaft 2*** im April 2003**

Am 13. März 2003 wurde in einer Aufsichtsratssitzung der ***Immobilien-gesellschaft 1*** eine Kapitalerhöhung der ***Immobilien-gesellschaft 2*** beschlossen. In dieser Sitzung wurde ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** folgendes Incentive zugesagt: Durch die ***Immobilien-gesellschaft 1*** sollte eine günstige Finanzierung für die Anschaffung von 3% bzw. 2% der Aktien, die im Zuge dieser Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, gewährt werden. Dieses Incentive wurde in Form eines Aufsichtsratsbeschlusses, welchen der Beschwerdeführer als Aufsichtsratsvorsitzender der ***Immobilien-gesellschaft 1*** zeichnete, gewährt. Der

Beschwerdeführer gehörte nicht zu dem begünstigten Personenkreis dieses Beschlusses und hatte keinen Anspruch auf eine vergünstigte Finanzierung durch die ***Immobilien-gesellschaft 1***.

Im April 2003 führte die damals noch nicht börsennotierte ***Immobilien-gesellschaft 2*** die Kapitalerhöhung in Form eines Private Placements durch. Die ***Bank 1*** übernahm den Vertrieb der Aktien. 36.238 der 67.255 Aktien wurden von privaten und institutionellen Anlegern erworben. ***Vorstand 1***, ***Vorstand 2*** und der Beschwerdeführer (über Treuhänder) zeichneten in diesem Zusammenhang ebenfalls Aktien. Sie bezahlten nichts für die Aktien. Ein Erwerb dieser Aktien fand nicht statt.

2.3. Erwerb und Verkauf von *Immobilien-gesellschaft 2***-Aktien durch ***Leintuchgesellschaft 1*** (***Leintuchgesellschaft 1***)**

Am 30. April 2003 erwarb die ***Leintuchgesellschaft 1*** („Leintuchgesellschaft“ der ***Bank 1***) die übrigen ***Immobilien-gesellschaft 2***-Aktien von der ***Bank 1***. Die ***Leintuchgesellschaft 1*** erfasste diese Aktien in ihrer Buchhaltung. Nach weiteren Verkäufen hielt sie im Mai 2003 12.283 Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 2***. Aufgrund eines Aktiensplits im November 2003 hielt die ***Leintuchgesellschaft 1*** ab diesem Zeitpunkt 2.210.940 Stück. Am 5. April 2004, 9. April 2004 sowie 29. April 2004 verkaufte die ***Leintuchgesellschaft 1*** diese 2.210.940 Stück an die ***Bank 1***. Sie erzielte hierdurch einen Gewinn, welchen sie in ihren Büchern als Erträge aus Wertpapierverkäufen erfasste.

2.4. Berechnung eines fiktiven Gewinnes und Lukrieren von EUR 250.000,00 durch eine Scheinrechnung – „*Faktum Leintuchgesellschaft 1***“**

Am 25. März 2004 erteilte ***Vorstand 1*** ***Geschäftsführer 1*** den Auftrag, einen Veräußerungsgewinn für sich, ***Vorstand 2*** und den „*Veräußerungsgewinn des Beschwerdeführers für seine 2% ***Immobilien-gesellschaft 2***-Aktien*“ zu ermitteln. ***Vorstand 1*** gab folgende Parameter für diese Berechnung vor: „*Verkauf um EUR 6,2527 – Einstandspreis + Zinsen = Gewinn*“. Für den Beschwerdeführer wurde so ein „Gewinn“ in Höhe von EUR 167.495,24 errechnet.

Der Beschwerdeführer kam mit ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** überein, dass die so errechneten „Gewinne“ von der ***Leintuchgesellschaft 2*** (***Leintuchgesellschaft 2***) ausbezahlt werden sollten. Die ***Leintuchgesellschaft 2*** war eine „Leintuchgesellschaft“ der ***Bank 1***, deren eingetragener Geschäftsführer ***Vorstand 1*** war. Zu diesem Zweck sollten Deckungsrechnungen an die ***Leintuchgesellschaft 2*** erstellt und so letztlich die „Gewinne“ lukriert werden.

In der Folge suchte der Beschwerdeführer ***Geschäftsführer 1***, der ebenfalls eingetragener Geschäftsführer der ***Leintuchgesellschaft 2*** war, auf und forderte ihn auf, eine Rechnung zu erstellen. Der Beschwerdeführer diktierte ***Geschäftsführer 1*** den wesentlichen Inhalt der Rechnung: Aussteller der Rechnung (***Gesellschaft 2***), die erbrachte Leistung (Vermittlung des Projektes ***Alpha***), Rechnungsempfänger (***Leintuchgesellschaft 2***), und den Rechnungsbetrag (EUR 250.000,00).

Die ***Leintuchgesellschaft 2*** beglich über Weisung von ***Vorstand 1*** diese Scheinrechnung. Dieser Aufwand wurde von der ***Leintuchgesellschaft 2*** weder an die ***Leintuchgesellschaft 1*** noch an die ***Bank 1*** weiterfakturiert bzw gegenverrechnet.

Der in der Scheinrechnung ausgewiesene Betrag von EUR 250.000,00 ging am 20. Juli 2004 auf dem Konto der ***Gesellschaft 2*** bei der ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***) ein. Mit Schreiben vom 21. Juli 2004 ordnete der Beschwerdeführer als Zeichnungsberechtigter dieses Kontos an, diesen eingegangenen Betrag vom Konto der ***Gesellschaft 2*** mittels Scheck zu beheben und seinem eigenen Konto bei der ***Bank 1*** (***Kontonummer 2 bei Bank 1***) gutzuschreiben. Mit Valuta 22. Juli 2004 wurde der Betrag diesem Konto des Beschwerdeführers gutgeschrieben.

2.5. Optionen des Beschwerdeführers mit der *Bank 1*** – „***Bank1-Optionen***“**

In den Jahren 2004 und 2005 räumten sich ***Vorstand 1***, ***Vorstand 2*** und der Beschwerdeführer wechselseitig Call-Optionsvereinbarungen, in welchen die ***Bank 1*** als Stillhalter eingesetzt wurde, ein. Dies erfolgte ohne Einbindung und beschlussmäßiger Zustimmung des Aufsichtsrates der ***Bank 1***. Die Optionen des Beschwerdeführers zeichneten ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** in ihrer Funktion als Vorstandsmitglieder der ***Bank 1***. Der Beschwerdeführer zeichnete die Optionen von ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** in seiner Funktion als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1***. Dem Beschwerdeführer wurden so folgende Call-Optionen originär und unentgeltlich eingeräumt:

Zeitraum der Optionseinräumung	Stück Aktien	von	Strikepreis	Befristeter Call bis	Anlässlich Kapitalerhöhung
15.10.2004 und 16.12.2004	300.000	***Immobilien-gesellschaft 2***	EUR 6,51	15.10.2007	***Immobilien-gesellschaft 2*** im Oktober 2004

23.05.2005 und 6.6.2005	300.0 00	***Immobilien-gesell schaft 1***	EUR 6,72	23.5.200 8	***Immobilien-gesell schaft 1*** im Mai 2005
24.6.2005 und 14.9.2005	450.0 00	***Immobilien-gesell schaft 2***	EUR 6,69	24.6.200 8	***Immobilien-gesell schaft 2*** im Juni 2005
14.7.2005 und 14.9.2005	375.0 00	***Immobilien-gesell schaft 2***	EUR 6,69	14.7.200 8	***Immobilien-gesell schaft 2*** im Juli 2005

Der Strikepreis entsprach dem Bezugskurs bei der jeweiligen Kapitalerhöhung. Es wurden weder übliche Optionsprämien noch Put-Optionen zugunsten der ***Bank 1*** vereinbart. Da die jeweiligen Option bereits im Abschlusszeitpunkt gewinnhaltig bzw vermögenswert waren, entstand bei der ***Bank 1*** ein Schaden von zumindest EUR 4.265.783,00. Aus diesem Grund bildete diese eine Rückstellung in der entsprechenden Höhe.

Zu einem späteren Zeitpunkt kamen ***Vorstand 1***, ***Vorstand 2*** und der Beschwerdeführer überein, diese sich gegenseitig eingeräumten Optionen nicht auszuüben. Die bei der ***Bank 1*** gebildete Rückstellung wurde mit Wirkung 30. Dezember 2005 storniert.

2.6. Befristete, unbedingte und rückdatierte Termingeschäfte der *Leintuchgesellschaft 3*** (***Leintuchgesellschaft 3***) mit Treuhänder ***Name Treuhänder 1*** – „***Treuhänder 1 -Termingeschäfte***“**

In der Folge beschlossen ***Vorstand 1***, ***Vorstand 2*** und der Beschwerdeführer sich einer Treuhandkonstruktion zu bedienen. Sie setzten im Jahr 2006 ***Name Treuhänder 1*** als ihren Treuhänder ein. ***Name Treuhänder 1*** verpflichtete sich dazu, Termingeschäfte mit der ***Leintuchgesellschaft 3***, die eine „Leintuchgesellschaft“ der ***Bank 1*** war, abzuschließen. ***Name Treuhänder 1*** ging davon aus, dass alle Genehmigungen des Aufsichtsrates vorlagen, weil einer der Begünstigten der Beschwerdeführer war.

Am 13. Februar 2006 schloss der Treuhänder mit der ***Leintuchgesellschaft 3*** vier befristete, unbedingte und rückdatierte Termingeschäfte über den Erwerb von Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und der ***Immobilien-gesellschaft 2***. Der Vertrag wurde durch die eingetragenen Geschäftsführer der ***Leintuchgesellschaft 3*** ***Geschäftsführer 1*** und ***Geschäftsführer 2*** abgeschlossen. Dies taten sie über Weisung von ***Vorstand 1*** als de facto Geschäftsführer der ***Leintuchgesellschaft 3***. Die in diesen Termingeschäften vereinbarten Kaufpreise lagen deutlich unter den Marktpreisen der Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2*** an diesem

Tag. Somit waren diese Vereinbarungen bereits am 13. Februar 2006 mit EUR 11.274.375,00 gewinnhaltig bzw vermögenswert. Die ***Leintuchgesellschaft 3*** verfügte zu diesem Zeitpunkt nicht über ausreichend Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2***, um die Verpflichtung aus den Termingeschäften erfüllen zu können. Aus diesem Grund wurde im Zusammenhang mit diesen Termingeschäften zum 31. Dezember 2005 bei der ***Leintuchgesellschaft 3*** eine Rückstellung in Höhe von EUR 7.390.000,00 gebildet.

Die ***Leintuchgesellschaft 3*** erwarb die Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2***, um die Ansprüche aus den „***Treuhänder 1 - Termingeschäfte***“ bedienen zu können, im Oktober 2006. ***Vorstand 1*** verfügte, dass die ***Leintuchgesellschaft 3*** Aktien von der ***Leintuchgesellschaft 2*** und ***Leintuchgesellschaft 4***. (***Leintuchgesellschaft 4***; „Leintuchgesellschaft“ der ***Bank 1***) erwerben sollte. Die von der ***Leintuchgesellschaft 3*** bezahlten Kaufpreise lagen unter dem jeweiligen Börsentageskurs der Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2***. ***Vorstand 1*** ordnete an, dass der Ankauf durch eine Barvorlage in Höhe von EUR 41.000.000,00 (***Immobilien-gesellschaft 2*** über ***Schwestergesellschaft 1***) zu finanzieren war.

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2006 und 9. Jänner 2007 forderten ***Vorstand 1***, ***Vorstand 2*** und der Beschwerdeführer ***Name Treuhänder 1*** auf, die Glattstellung der Termingeschäfte zu veranlassen und die Glattstellungsprämien an sie zu überweisen.

Mit Schreiben vom 11. Dezember 2006 und 22. Jänner 2007 begehrte ***Name Treuhänder 1*** von der ***Leintuchgesellschaft 3*** die Glattstellung und die Überweisung der Beträge auf sein Konto.

Die ***Leintuchgesellschaft 3*** verkaufte sodann ihre Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 2*** und ***Immobilien-gesellschaft 1*** an die ***Bank 1***. Sie erzielte dadurch einen Veräußerungserlös von EUR 13.722.280,00.

Von der ***Leintuchgesellschaft 3*** wurden aufgrund der Termingeschäfte am 15. Dezember 2006 und 24. Jänner 2007 in Summe EUR 19.998.621,00 an den Treuhänder ***Name Treuhänder 1*** überwiesen. ***Name Treuhänder 1*** beauftragte am 18. Dezember 2006 die Überweisung von EUR 4.181.000,00 und am 25. Jänner 2007 die Überweisung von EUR 1.532.352,00 an den Beschwerdeführer. Die Beträge gingen am 18. Dezember 2006 und 26. Jänner 2007 auf dem Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) ein.

2.7. Schadensgutmachung 2008

Am 12. November 2008 wurde auf das Konto der ***Leintuchgesellschaft 3*** ein Betrag in Höhe von EUR 7.700.000,00 überwiesen. Auf das Konto der ***Leintuchgesellschaft 2*** wurden EUR 820.000,00 und auf das Konto der ***Leintuchgesellschaft 4*** wurden EUR 140.000,00 überwiesen. Gleichzeitig ergingen Schreiben an die Geschäftsführer dieser Gesellschaften, in denen ausgeführt wurde, dass ihrer Gesellschaft „*durch Wertpapiertransaktionen ein Schaden entstanden*“ und der Rechtsanwalt damit beauftragt wurde, durch die Überweisung „*den entstandenen Schaden zur Gänze gutzumachen*“. Die Überweisungen erfolgten im Auftrag von ***Vorstand 1***, ***Vorstand 2*** und dem Beschwerdeführer.

Auf den Beschwerdeführer entfiel ein Betrag in Höhe von EUR 2.474.285,80, wobei er EUR 2.200.000,00 an die ***Leintuchgesellschaft 3***, EUR 234.286,00 an ***Leintuchgesellschaft 2*** und EUR 40.000,00 an ***Leintuchgesellschaft 4*** leistete.

3. „***Panama*** Fee“

Der Beschwerdeführer verpflichtete sich, ein Ertragsobjekt für ausländische Investoren zu suchen. Er erhielt hierfür eine Vorabhonorierung in Höhe von EUR 1.034.000,00. Diese wurde an den Beschwerdeführer wie folgt ausbezahlt: Am 5. Juni 2008 erhielt der Beschwerdeführer eine Zahlung in Höhe von EUR 470.000,00. Auftraggeber war die panamaische Gesellschaft ***Panama*** Finance S.A. Als Verwendungszweck wurde „S FEE ***Panama***/HS - MAY 2008“ angegeben. Am 5. September 2008 langte von derselben Gesellschaft eine weitere Zahlung in Höhe von EUR 564.000,00 ein. Als Verwendungszweck wurde „S FEE ***Panama***/HS - AUG 2008 BRC 76320“ angegeben.

Der Gutschrift in Höhe von EUR 470.000,00 vom 5. Juni 2008 folgten folgende Kontobewegungen:

- Am 6. Juni 2008 kaufte der Beschwerdeführer Wertpapiere (Royal Bank of Scotland) in Höhe von EUR 31.113,89.
- Am 11. Juni 2008 überwies der Beschwerdeführer EUR 90.000,00 auf sein Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***), wo das Geld am 13. Juni 2008 einlangte. Die folgenden Ausgänge wurden im Zusammenhang mit Einkäufen bei den Unternehmen Emberger, Koffer Kraus, Spar, Merkur, DM, Billa, Sochor und dgl bzw der Ausbezahlung von Taschengeld/Kontodotierung an seine Söhne gebucht sowie EUR 16.363,20 in bar bzw via Scheck behoben. Am 14. Juli 2008 wurden Wertpapiere in Höhe von EUR 51.030,27 gekauft.
- Am 12. Juni 2008 wurde ein Geldmarktgeschäft verbucht. EUR 260.000,00 wurden für drei Monate zu einem fixen Zinssatz von 4,81% p.a. veranlagt (bis 11.9.2008).

- Am 12. Juni 2008 überwies der Beschwerdeführer EUR 130.000,00 an die ***Name Gesellschaft Guernsey** (Verwendungszweck ***Name Fonds***).

Der Gutschrift in Höhe von EUR 564.000,00 vom 5. September 2008 folgten folgende Kontobewegungen:

- Am 3. September 2008 überwies der Beschwerdeführer EUR 150.000,00 auf sein Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***), wo das Geld am 4. September 2008 einlangte. Am 5. September 2008 kaufte der Beschwerdeführer Wertpapiere für EUR 79.946,02 und am 19. September 2008 Wertpapiere für EUR 38.315,43. Die übrigen Buchungen beruhen auf Einkäufen bei Fressnapf, Bijou, Spar, MediaMarkt, Merkur, Sochor, Hofer und dgl. Des Weiteren behob der Beschwerdeführer bis 30. September 2008 EUR 11.230,00 in bar.
- Am 8. September 2008 kaufte der Beschwerdeführer Wertpapiere (MDU Resources Grp.) in Höhe von EUR 100.452,18.
- Am 11. September 2008 wurde die Gutschrift aus dem Geldmarktgeschäft vom 12. Juni 2008 verbucht (EUR 262.396,98).
- Am 24. September 2008 wurde vom Beschwerdeführer ein weiteres Geldmarktgeschäft abgeschlossen, bei dem EUR 270.000,00 für drei Monate (bis 26.1.2009) zu einem fixen Zinssatz von 4,81% p.a. veranlagt wurden.
- Am 29. September 2008 kaufte der Beschwerdeführer Aktien der Kommunalkredit 04-09 in Höhe von EUR 302.092,12.

Im Jahr 2009 legte der Beschwerdeführer diesen Auftrag zurück. Aus diesem Grund musste er die erhaltene Vorabhonorierung samt Spesen und Zinsen zurückzahlen. Am 15. Mai 2009 überwies der Beschwerdeführer EUR 600.000,00 und am 16. Juli 2009 EUR 513.703,00 von seinem Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 4 bei Bank 3***) an die maltesische Gesellschaft ***Malta Ltd***. Der Überweisungszweck lautete „FUNDS“.

4. Tätigkeit als Hausverwalter der *Adresse 1*****

[...]

Dem Beschwerdeführer oblag die Verwaltung dieser Liegenschaft. In diesem Zusammenhang anfallende Aufwendungen wurden teilweise vom Beschwerdeführer bevorschusst. Er erhielt diese Vorschüsse in der Folge in voller Höhe von der Miteigentumsgemeinschaft refundiert.

Die Verwaltung wurde über verschiedene Konten abgewickelt. Dies waren insbesondere ein Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 2 bei Bank 3***) und drei Konten bei der

Bank 4 (**Kontonummer 1 bei Bank 4***, **Kontonummer 2 bei Bank 4*** und **Kontonummer 3 bei Bank 4***).

Für seine Tätigkeit erhielt der Beschwerdeführer ein Honorar von der Miteigentumsgemeinschaft. Dieses wurde von der Hausverwaltung auf das Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (**Kontonummer 1 bei Bank 3***) ausbezahlt. Dieses betrug wie folgt:

2003	EUR 2.115,04
2004	EUR 2.500,00
2005	EUR 0,00
2006	EUR 6.230,08
2007	EUR 3.115,04
2008	EUR 0,00

5. Vermietungstätigkeiten

5.1. ***Adresse 1***

Im Jänner 2003 nutzte der Beschwerdeführer – teilweise durch Zwischenschaltung seiner Söhne – folgende Wohnungen der Liegenschaft ***Adresse 1***: Top I/1 (inklusive Top II/6), Top I/3 und Top II/9. Hierfür leistete er an die Miteigentumsgemeinschaft monatlich Betriebskosten und einen begünstigten Mietzins. Diese Wohnungen vermietete er sodann im eigenen Namen an Dritte:

Der Beschwerdeführer vermietete Top I/1 (inklusive Top II/6) ab Juli 1999 an ***Zeuge 6***. Dieses Mietverhältnis endete mit Ablauf Juli 2006. Ab August 2006 mietete ***Zeuge 6*** Top II/9. Dieses Mietverhältnis endete mit Ablauf Februar 2007.

Top I/3 vermietete der Beschwerdeführer ab August 1998 an ***Zeuge 7***. Das Mietverhältnis endete durch Kündigung des Beschwerdeführers mit Ablauf August 2007.

Nach Beendigung des Mietvertrages betreffend Top I/1 (inklusive Top II/6) im Juli 2006, betreffend Top II/9 im Februar 2007 sowie betreffend Top I/3 im August 2007 stellte der Beschwerdeführer seine Vermietungstätigkeit hinsichtlich der jeweiligen Wohnung ein.

Zeuge 6 und ***Zeuge 7*** überwiesen die Mieten monatlich im Voraus auf das Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (**Kontonummer 1 bei Bank 3***). Die Zuflüsse leitete der Beschwerdeführer nicht an die Miteigentumsgemeinschaft ***Adresse

1***, weiter. Der Beschwerdeführer erzielte folgende Einnahmen und hatte damit in Zusammenhang stehende Werbungskosten:

Jahr	***Zeuge 6*** (Top I/1 & II/6 und Top II/9)	***Zeuge 7*** (Top I/3)	Werbungskosten
2003	EUR 15.988,06	EUR 4.360,40	EUR 6.733,92
2004	EUR 17.441,52	EUR 4.076,96	EUR 6.733,92
2005	EUR 17.441,52	EUR 3.204,52	EUR 6.733,92
2006	EUR 10.824,22	EUR 5.544,28	EUR 4.962,12
2007	EUR 260,00	EUR 3.977,67	EUR 1.424,48
2008	EUR 0,00	EUR 0,00	EUR 0,00

5.2. ***Adresse 2***

Die Wohnung mit der Adresse ***Adresse 2***, stand im beschwerdegegenständlichen Zeitraum im Eigentum eines Sohnes des Beschwerdeführers. Dieser überließ die Eigentumswohnung unentgeltlich seinem Vater. Der Beschwerdeführer vermietete diese Wohnung und entrichtete monatlich Betriebskosten an die Hausverwaltung. Die Einnahmen und Werbungskosten aus dieser Vermietung stellen sich wie folgt dar:

Jahr	Einnahmen	Werbungskosten
2003	EUR 5.406,84	EUR 1.928,87
2004	EUR 5.406,84	EUR 2.025,42
2005	EUR 5.555,13	EUR 2.004,24
2006	EUR 6.000,00	EUR 2.188,72
2007	EUR 6.000,00	EUR 2.178,48
2008	EUR 6.000,00	EUR 2.103,50

6. Dividenden

Dem Beschwerdeführer flossen in den beschwerdegegenständlichen Jahren in der Schweiz folgende Bardividenden zu:

2003	EUR 70,23
2004	EUR 27,50
2005	EUR 557,80
2006	EUR 2.011,58
2007	EUR 1.995,75
2008	EUR 4.375,16

Beweiswürdigung

1. Tätigkeiten des Beschwerdeführers für Familie ***Familiennamen 1***

1.1. ***Vorname Familiennamen 1*** und der „Konzern ***Konzern***“

Die allgemeinen Feststellungen zu ***Vorname Familiennamen 1***, insbesondere der Entwicklung und dem Aufbau des „***Name des Konzerns***“, die Organisation seines Vermögens und des Motivs hierfür, beruhten auf den Angaben des Beschwerdeführers (1. Beschuldigtenvernehmung 11.5.2009, Seiten 3f; Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 25, 31, 33; Stellungnahme 17.9.2012). Die Angaben des Beschwerdeführers deckten sich insbesondere auch in weiten Teilen mit allgemein zugänglichen Informationen zu ***Vorname Familiennamen 1***.

1.2. Vita des Beschwerdeführers

Der Werdegang des Beschwerdeführers, seine Anfänge im „Konzern ***Konzern***“ sowie sein Aufstieg zu einem engen Vertrauten von ***Vorname Familiennamen 1*** beruhten auf den Angaben des Beschwerdeführers (1. Beschuldigtenvernehmung 11.5.2009, Seiten 3f; Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 25f und 28; Stellungnahme 17.9.2012; NS Schlussbesprechung, Seite 24; Beschwerde 28.11.2014, Seite 63). Die Feststellungen zu der Übertragung der (geschäftsleitenden) Positionen innerhalb des „***Name des Konzerns***“ ergaben sich aus den aktenkundigen Auszügen des österreichischen Firmenbuchs bzw ausländischer Register. Dass dem Beschwerdeführer auch ohne formelle Bestellung Aufgaben übertragen wurden, war zwischen den Parteien unstrittig und ergab sich insbesondere aus den im Zuge der Beschwerde vorgelegten Protokollen der Aufsichtsratssitzungen der ***Gesellschaft 19*** (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./51).

Die Feststellungen zu der Struktur des von ***Zeuge 1*** übernommenen Vermögens ergaben sich aus den Angaben des Beschwerdeführers (1. Beschuldigtenvernehmung 11.5.2009, Seiten 3f, Beschwerde 28.11.2014, Seite 126 und Beilage ./51; Schreiben 29.10.2003

von Beschwerdeführer an ***Versicherung 1*** [nunmehr ***Versicherung 1***], NS Erörterungstermin 12.12.2025, Seite 3), welche sich mit der Darstellung der „***Organisationsstruktur***“, welche von ***Zeuge 1*** vorgelegt wurde, deckte (Beschwerdevorentscheidung 20.11.2018, Anlage ./1; 1. Zeugeneinvernahme ***Zeuge 1*** 10.6.2009, Seite 6).

Dass der Beschwerdeführer seine Tätigkeit nach dem Tod von ***Vorname Familienname 1*** grundsätzlich unverändert fortsetzte, ergab sich nach Ansicht des erkennenden Senates daraus, dass der Beschwerdeführer in seinem Vorbringen ***Vorname Familienname 1***, Familie ***Familienname 1*** und ***Zeuge 1*** beinahe synonym verwendete, obwohl die beschwerdegegenständlichen Jahre Zeiträume betrafen, die nach dem Tod von ***Vorname Familienname 1*** lagen. Zudem führte er zu einzelnen Aufgaben aus, dass er die von ***Vorname Familienname 1*** übertragenen Aufgaben auch für dessen Tochter ausführte (Stellungnahme 17.9.2012, Stellungnahme 15.10.2013, Beschwerde 28.11.2014, Seite 47, NS Erörterungstermin 12.12.2025, Beilage ./B, Stellungnahme 20.2.2026, NS mündliche Verhandlung 8.4.2026, Beilage ./1).

Die Feststellung, dass anlässlich des Notverkaufes der ***Bank 1*** im Oktober 2008 weitere Gesellschaften gegründet wurden, ergab sich aus der von ***Zeuge 1*** vorgelegten Übersicht der „***Organisationsstruktur***“ (Beschwerdevorentscheidung 20.11.2018, Anlage ./1). Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer Geschäftsführerpositionen in rund 20 dieser neu gegründeten Gesellschaften übernahm und diese bis grundsätzlich Juni 2009 innehatte, ergab sich aus einer Abfrage des österreichischen Firmenbuches.

Die Feststellungen, dass das Vorstandsmandat des Beschwerdeführers mit 31. Dezember 2008 endete und sein Dienstverhältnis einvernehmlich aufgelöst wurde, ergaben sich aus der aktenkundigen „Vereinbarung Fassung 23.12.2008“, die am 4. Februar 2009 unterzeichnet wurde.

1.3. Einkünfte des Beschwerdeführers in diesem Zusammenhang

Dass der Beschwerdeführer neben seiner Tätigkeit als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** auch ein enger Vertrauter der Eigentümerfamilie/Assistent der Eigentümer/Statthalter/Eigentümervertreter war bzw ihm die Beratung der Familie oblag und er erster Ansprechpartner und Handlungsberechtigter war, bestätigten die aktenkundigen Aussagen von zB ***Zeuge 2*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 3.10.2013, Seiten 3f, 6), ***Zeuge 4*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 1.10.2013, Seiten 3f) und ***Geschäftsführer 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 16). Dies führte der Beschwerdeführer auch grundsätzlich selbst aus (zB Beschwerde 28.11.2014, Seite 62; Stellungnahme 17.9.2012). Daraus leitete sich auch die Feststellung ab, dass seine Tätigkeit für die Familie ***Familienname 1*** zwei Bereiche umfasste.

Die Feststellung, dass es sich bei der zweiten Tätigkeit um die eines „Sekretärs“ handelte, ergab sich aus der Aussage von ***Zeuge 1***, wonach der Beschwerdeführer eine Art Sekretär für ihren Vater war und dann auch sie betreute (Protokoll ***Zahl LGS***, 5. Tag, ***Datum 5. Tag***, Seite 53).

Die Feststellungen zu dem Büro des Beschwerdeführers sowie, dass er beide Tätigkeiten in Österreich ausübte, ergaben sich aus den Aussagen von ***Zeuge 3*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 1.10.2013, Seiten 3f), ***Zeuge 1*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 25.9.2013, Seite 3), ***Zeuge 2*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 3.10.2013, Seite 3) sowie ***Zeuge 4*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 1.10.2013, Seite 3). Dies räumte der Beschwerdeführer zudem im Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 ein (NS Erörterungstermin 12.12.2025, Beilage ./B).

Die Feststellungen zu den Reisen, welche er in seiner Funktion als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** sowie als „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** unternahm, beruhten auf den glaubwürdigen Aussagen von ***Zeuge 3***, die als seine langjährige Sekretärin (1993 – 2008) für die Buchung von Flügen und (teilweise) Hotels sowie die Terminkoordination des Beschwerdeführers zuständig war (Protokoll Zeugeneinvernahme 1.10.2013, Seite 3). Diese deckten sich im Wesentlichen auch mit den Aussagen von ***Zeuge 2*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 3.10.2013, Seite 5) sowie ***Zeuge 4*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 1.10.2013, Seiten 3f), deren unmittelbarer Vorgesetzter der Beschwerdeführer war und insoweit nachvollziehbar war, dass sie einen Einblick in die Reisetätigkeit des Beschwerdeführers hatten.

Die Feststellung, dass dem Beschwerdeführer alle Kosten, die mit diesen Reisen in Zusammenhang standen, ersetzt wurden, ergab sich aus der Aussage seiner Sekretärin ***Zeuge 3***, die für ihn die Reiseabrechnung machte (Protokoll Zeugeneinvernahme 1.10.2013, Seite 3). Auch ***Zeuge 4*** gab an, dass er bei Reisen, die er im Auftrag der „***Konzern***“ unternahm, alle Kosten ersetzt erhielt (Protokoll Zeugeneinvernahme 1.10.2013, Seite 4). Diese Aussagen deckten sich zudem mit den aktenkundigen unregelmäßigen Eingängen auf den Konten des Beschwerdeführers von diversen „***Konzern-Gesellschaften***“.

1.3.1. Vorstand der *Gesellschaft 1*****

Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer Vorstand der ***Gesellschaft 1*** war, ergab sich aus einer Abfrage des österreichischen Firmenbuches. Seine Aufgaben als Vorstand ergaben sich aus den insoweit glaubwürdigen Angaben des Beschwerdeführers (Stellungnahme 20.2.2026, Anlage 1), die sich nach der allgemeinen Lebenserfahrung mit den Aufgaben eines (Finanz-)Vorstandes deckten.

Die Feststellungen, dass er seine Tätigkeit im Rahmen eines Dienstverhältnisses ausübte und mit Dezember 2008 in Pension ging, ergaben sich aus den von der ***Gesellschaft 1*** sowie den von der Pensionsversicherungsanstalt übermittelten Lohnzetteln und war zwischen den Parteien unstrittig. Die Feststellung hinsichtlich der Abfertigung „alt“ ergab sich aus dem Lohnzettel der ***Gesellschaft 1*** für das Jahr 2008. Sie war zwischen den Parteien ebenfalls unstrittig.

Dass der Beschwerdeführer in den Jahren 2003 bis 2008 für seine Tätigkeit als Vorstand monatlich ein Gehalt erhielt, war ebenfalls unstrittig. Die Höhe der Bezüge, die er von der ***Gesellschaft 1*** erhielt, beruhten auf einer Einsicht in die Datenbanken der Abgabenbehörde und den dort abrufbaren Lohnzetteln. Die Feststellungen zu den „***Steuerberater-Gutschriften***“, der einmaligen Überweisung der ***Gesellschaft 2*** sowie der Zufluss dieser Beträge beruhten auf den aktenkundigen Erlagscheinen bzw. Kontosauszügen des Kontos des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***). Diese Zuflüsse wurden (ebenso wie deren Steuerpflicht) vom Beschwerdeführer nunmehr außer Streit gestellt (NS Erörterungstermin 12.12.2025, Stellungnahme 20.2.2026, Anlage 5). Die Feststellung stand zudem mit den eigenen Notizen des Beschwerdeführers aus dem Jahr 1995 und 1996 (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./62) in Einklang, wonach eine solche geteilte Auszahlung auch bereits in den 1990er Jahren bestand: Ein Teil wurde „bezogen als Gehalt“ und ein zweiter (größerer) Teil als „Honorarverrechnung“.

1.3.2. „Sekretär“ von *Zeuge 1*****

Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer des Weiteren für ***Zeuge 1*** tätig war, ergab sich aus der glaubwürdigen Aussage von ***Zeuge 1***, der aufgrund ihrer Stellung als Eigentümerin besonderes Gewicht zukam (Protokoll Zeugeneinvernahme 25.9.2013, Seite 2; Protokoll ***Zahl LGS***, 5. Tag, ***Datum 5. Tag***, Seite 53). Die Feststellungen hinsichtlich der dem Beschwerdeführer zugekommenen Aufgaben ergaben sich insbesondere aus dem Vorbringen des Beschwerdeführers (1. Beschuldigtenvernehmung 11.5.2009, Seite 4; Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seite 33; Beschwerde 28.11.2014, Seiten 50, 61f, 66), welche mit der Beschreibung von ***Zeuge 1*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 25.9.2013, Seiten 2ff; Protokoll ***Zahl LGS***, 5. Tag, ***Datum 5. Tag***, Seite 53) und den vorgelegten Protokollen der Vorstandssitzungen der ***Gesellschaft 19***. (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./51) übereinstimmten.

Die Feststellungen hinsichtlich der Positionen des Beschwerdeführers in den ***Zeuge 1*** zuzuordnenden Gesellschaften ergaben sich aus den aktenkundigen Auszügen des österreichischen Firmenbuchs und ausländischer Register (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./52; Beschwerdevorentscheidung 20.11.2018, Anlage ./9; Stellungnahme 20.2.2026).

Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer durch die Betrauung mit diesen Aufgaben das Bindeglied zwischen operativ tätigen Gesellschaften und den vermögensverwaltenden

Gesellschaften und Stiftungen war, beruhte auf der Aussage Beschwerdeführers (1. Beschuldigtenvernehmung 11.5.2009, Seite 4; Beschwerde 28.11.2014, Seiten 50, 61f), welche sich mit jener von ***Zeuge 1*** (Protokoll Zeugeneinvernahme vom 25.9.2013, Seiten 2f) deckte.

Dass der Beschwerdeführer als „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** eine Entlohnung erhielt, war im gesamten Verfahren unstrittig. Der Beschwerdeführer bestritt bis zum Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 (lediglich) ein Besteuerungsrecht Österreichs.

Die Überweisungen der ***Gesellschaft 3*** auf das Konto des Beschwerdeführers ergaben sich aus den entsprechenden Kontoauszügen der ***Bank 2*** (***Kontonummer 1 bei Bank 2***). Es fanden die Umrechnungskurse Anwendung, die der Beschwerdeführer in seiner Eingabe vom 20. Februar 2026 anwendete: 1 CHF = EUR 0,65788 (2003); 1 CHF = EUR 0,64785 (2004); 1 CHF = EUR 0,64575 (2005); 1 CHF = EUR 0,63564 (2006); 1 CHF = EUR 0,60886 (2007); 1 CHF = EUR 0,63074 (2008). Dass diese Eingänge mit der Funktion als „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** in Zusammenhang standen, ergab sich nach Ansicht des erkennenden Senates daraus, dass diese keiner anderen Tätigkeit bzw Funktion des Beschwerdeführers zugeordnet werden konnten.

1.4. Erfolgsabhängige Entlohnung

Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer eine erfolgsabhängige Entlohnung erhielt, die den Beschwerdeführer am Erfolg des „***Name des Konzerns***“ teilhaben ließ, ergab sich aus folgenden Überlegungen: Im von ***Vorname Familienname 1*** geprägten System wurden Mitarbeiter und Führungskräfte am Erfolg des Unternehmens beteiligt. Dies spannte sich über alle Bereiche des „***Name des Konzerns***“. So gaben sowohl ***Vorstand 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seite 9) als auch ***Geschäftsführer 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 22, Beilage ./1) bekannt, dass sie Boni erhielten, die ihr Grundgehalt zum Teil deutlich überstiegen. Auch ***Vorstand 2*** und ***Vorstand 3*** waren im beschwerdegegenständlichen Zeitraum ebenfalls an dem Erfolg der ***Bank 1*** beteiligt (zB 3. Beschuldigtenvernehmung ***Vorstand 3*** 7.9.2009, Seite 3; Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seite 30). Auch bezogen auf den Beschwerdeführer sind solche Erfolgsbeteiligungen dokumentiert: So erhielt er einen Bonus für die erfolgreiche Übernahme der ***Gesellschaft 26*** (-Anteile) in Höhe von EUR 1.000.000,00 (Lohnzettel Beschwerdeführer 2008). Er hielt zudem selbst fest, dass allen Managern ein „Superbonus“ für den Erfolg in den Jahren 2000 bis 2008 gewährt werden sollte (Notiz des Beschwerdeführers vom 16.4.2009).

1.4.1. Tantieme als Vorstand der *Gesellschaft 1*****

Die Feststellungen zu der Bemessungsgrundlage sowie der Höhe der jährlichen Tantieme („Boni“) für diese Tätigkeit beruhten auf der handschriftlichen Notiz des Beschwerdeführers,

welche er mit dem Datum 16. April 2009 versah. Diese Notiz wurde bei der Hausdurchsuchung am 29. April 2009 auf dem Schreibtisch des Beschwerdeführers in seinem Wohnzimmer sichergestellt. Dass die vom Beschwerdeführer gemachten Angaben wahrheitsgetreu waren, ergab sich für den erkennenden Senat zunächst daraus, dass er diese Notiz für sich selbst anfertigte und wohl nicht mit einer Hausdurchsuchung weniger als zwei Wochen später rechnete. Besonders glaubwürdig erschienen die Notiz bzw die dort festgehaltenen Tatsachen jedoch auch, weil sich der Beschwerdeführer in diesem Zeitraum anlässlich seiner Pensionierung mit der finalen Abrechnung dieser Tätigkeit befasste (siehe auch aktenkundige „Vereinbarung Fassung vom 23.12.2008“ vom 4.2.2009, NS mündliche Verhandlung 8.4.2026, Beilage ./1).

In der Notiz des Beschwerdeführers vom 16. April 2009 hielt er fest, dass der Bonus auf „*dem net income der ***Konzern*** beruhte*“. Auch wenn der Beschwerdeführer in seiner Notiz lediglich den Begriff „***Konzern***“ verwendete, zeigte ein Abgleich der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnungen der ***Gesellschaft 1*** für die Geschäftsjahre 2005 bis 2008 sowie der im Internet abrufbare „Annual Report 2005“ der ***Gesellschaft 1***, dass die angeführten Zahlen den wirtschaftlichen Ergebnissen der ***Gesellschaft 1*** entsprachen. Dies wurde den Parteien im Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 vorgehalten. Eine Äußerung erfolgte nicht.

Die Feststellungen zu der Höhe der jährlichen Tantieme für die Jahre 2005 bis 2008 beruhten ebenfalls auf der Notiz vom 16. April 2009 und den dort für das jeweilige Jahr festgehaltenen Boni. Der Beschwerdeführer brachte vor, dass er lediglich „Planwerte“ festhielt und die auf seinem Konto eingegangenen Beträge die Istwerte gewesen seien. Dem konnte nicht gefolgt werden, weil es nach Ansicht des erkennenden Senates nicht nachvollziehbar ist, dass eine im Jahr 2009 erstellte Aufstellung, die die Jahre 2005 bis 2008 betrifft, „Planwerte“ und keine Istwerte enthält. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass der Beschwerdeführer in dieser Notiz insbesondere für das Jahr 2008 festhielt, dass er einen Anspruch auf EUR 340.000,00 hatte (Sollwert), ihm jedoch lediglich EUR 60.000,00 ausbezahlt wurden (Istwert). In Anbetracht dessen ist davon auszugehen, dass er andere Fehlbeträge auch notiert hätte.

Die Feststellung zu der Höhe der Tantieme der Jahre 2003 und 2004 leitete der erkennende Senat von dem durchschnittlichen Boni-Satz 0,55% der Jahre 2005 bis 2008 ab und wendete diesen auf das net income der ***Gesellschaft 1*** in den Jahren 2003 und 2004 an. Dem Beschwerdeführer wurde dies insbesondere in dem Beschluss vom 20. Jänner 2026 vorgehalten. Eine Äußerung hierzu erfolgte nicht.

1.4.2. Belohnung als „Sekretär“ von *Zeuge 1*****

Dass der Beschwerdeführer für diese Tätigkeit eine Belohnung erhielt, ergab sich nach Ansicht des erkennenden Senates aus den oben angeführten beweiswärtigenden Überlegungen, dass dies im „Konzern ***Konzern***“ Usus war (siehe Ausführungen Punkt 1.4.).

Strittig war bis zuletzt die Höhe dieser Belohnung. Die Abgabenbehörde vertrat in der mündlichen Verhandlung am 8. April 2026 die Ansicht, dass die Schätzung der Außenprüfung nach wie vor gerechtfertigt sei. Der Beschwerdeführer brachte vor, dass die Außenprüfung alle Zuflüsse aufgedeckt habe und deswegen keine Grundlage mehr für eine Schätzung bestehe.

- Unterschiedliche Höhe der jährlichen Eingänge

Die vorliegenden Konten des Beschwerdeführers und die Einzahlungen in die Lebensversicherung ***Versicherung 1*** zeigten, dass die Eingänge, die die erfolgsabhängige Entlohnung darstellten, in den einzelnen Jahren erheblich – in der Höhe von mehreren hunderttausend Euros – schwankten. Beispielsweise betrugen die dem Beschwerdeführer unstrittig zugeflossenen Beträge im Jahr 2003 EUR 859.000,00 und im Jahr 2006 „lediglich“ EUR 299.700,00. Selbst wenn man die Tantiemen/Boni, die der Beschwerdeführer als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** hiervon abzog, zeigte sich, dass die jährlichen Eingänge weiterhin massiven Schwankungen unterlagen. Wiederum bezogen auf die Jahre 2003 und 2006 würde dies bedeuten, dass der Beschwerdeführer im Jahr 2003 eine Belohnung für seine Tätigkeit als „Sekretär“ in Höhe von EUR 749.000,00 erhielt und im Jahr 2006 nichts.

Auf die Vorhalte, dass diese Schwankungen ungewöhnlich seien bzw nicht der Lebenserfahrung entsprechen würden, brachte der Beschwerdeführer vor, dass dies seine Richtigkeit habe:

Die Belohnungen seien von dem zuständigen Gremium in erratischer Höhe vergeben worden (Stellungnahme 20.2.2025). Zunächst ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass – auch wenn ***Zeuge 1*** dem Beschwerdeführer aufgrund seiner langen Zugehörigkeit zum „Konzern***Konzern***“ großes Vertrauen entgegenbrachte – eine Geschäftsbeziehung vorlag. Es handelte sich um Fremde, die in einem Leistungsaustausch standen. Dies bestätigten auch die eigenen Angaben des Beschwerdeführers, wonach etliche Kollegen und auch Vorstandsvorsitzende das Unternehmen verlassen mussten, weil ihre Leistungen nicht zufriedenstellend waren (Protokoll ***Zahl LGS***, 2 Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 26, 29; Stellungnahme 20.2.2026). Dass die erfolgsabhängige Entlohnung im „Konzern ***Konzern***“ grundsätzlich nach objektiven Kriterien erfolgte, bestätigte insbesondere die Tantieme des Beschwerdeführers, die er als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** erhielt. Diese Tantiemen waren ein jährlich annähernd gleichbleibender Prozentsatz des net incomes der ***Gesellschaft 1*** (Notiz des Beschwerdeführers vom 16.4.2009). Es ist nicht nachvollziehbar, warum bei der Tätigkeit als „Sekretär“ keine objektiven Kriterien angewendet worden sein sollen. Insoweit waren, wie es der Beschwerdeführer darzustellen versuchte, erratische Höhen nicht nachvollziehbar.

Der Beschwerdeführer führte des Weiteren aus, dass er die Höhe nie hinterfragte (NS Erörterungstermin 12.12.2025). In Anbetracht der Tatsache, dass der Beschwerdeführer einer von zwei Testamentsvollstreckern von ***Vorname Familienname 1*** war (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag ***Datum 2. Tag***, Seite 33), ein Urgstein im „Konzern ***Konzern***“ war (Protokoll Zeugeneinvernahme ***Zeuge 1*** 25.9.2013, Seite 2) und sich selbst als rechte Hand von ***Vorname Familienname 1*** beschrieb (Beschwerde 28.11.2014, Seite 47), erschien es dem erkennenden Senat unglaublich, dass der Beschwerdeführer Schwankungen von mehreren hunderttausend Euro in den einzelnen Jahren nicht hinterfragte. Aufgrund seines Wissens über das Vermögen, welches ***Zeuge 1*** geerbt hatte, und dessen Entwicklung, war für ihn jedenfalls nachvollziehbar, ob der Betrag, der ihm zugesprochen wurde, angemessen war. Dass der Beschwerdeführer seine Bezahlung als ordentlich empfand (NS Erörterungstermin 12.12.2025), ändert daran nichts.

Der Beschwerdeführer brachte auch vor, dass die von der ***Stiftung 1*** an die ***Versicherung 1*** geleistete Einmalprämie eine Zusatzversicherung war, die ihm für seine Tätigkeit gewährt wurde. Der Betrag sei im Jahr 2003 höher gewesen, weil es sich um eine Zahlung für die Leistungen des Beschwerdeführers für mehrere Jahre handelte (NS Erörterungstermin 12.12.2025, Stellungnahme 20.2.2026). Er verwies in diesem Zusammenhang auf den von ihm ausgefüllten Antrag bei der ***Versicherung 1***. Diesem Vorbringen konnte aus folgenden Gründen nicht gefolgt werden: Zunächst gab der Beschwerdeführer auch auf allen anderen aktenkundigen Anträgen bei der ***Versicherung 1***, die er in den Jahren 2003 bis 2005 abschloss, an, dass diese der Pensionsvorsorge/versicherung („Pensionsvorsorge“ „(Alters-)Vorsorge“, „Pensionsversicherung“) dienten. Insoweit widersprüchlich erschien es dem erkennenden Senat, dass der Beschwerdeführer alle aktenkundigen Polizen am 25. Februar 2005 (***Versicherungspolizze 1*** und ***Versicherungspolizze 2***) bzw 31. Oktober 2005 (***Versicherungspolizze 3***) an die ***Bank 1*** zur Sicherung von Forderungen der ***Bank 1*** gegenüber ***Name Treuhänder 2*** verpfändete. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass nunmehr unstrittig war, dass „***Konzern-Gesellschaften***“ auch in anderen Jahren (insbesondere 2003 und 2004) Zahlungen an die ***Versicherung 1*** in Höhe von mehreren hunderttausend Euro leisteten. Insoweit war es wahrscheinlicher, dass es sich bei dem überwiesenen Betrag von EUR 759.000,00 nicht um eine einmalige und deswegen höhere Zahlung handelte. Abschließend ist nach Ansicht des erkennenden Senates festzuhalten, dass dem Beschwerdeführer bereits 1984 eine Zusatzpension für seine besonderen Dienste für die Familie ***Familienname 1*** zugesagt wurde. Dies waren fünf Lebensversicherungsverträge bei der ***Versicherung 2***, welche per 1. Jänner 2009 auf eine betriebliche Kollektivversicherung der ***Versicherung 2*** übertragen wurden (Wert Ende 2008: EUR 1.259.181,81 sowie bare Zuzahlung EUR 328.626,46). Die Auszahlung dieser Pension begann am 1. Jänner 2010 und betrug rund EUR 4.880,00 pro Monat (Notiz des Beschwerdeführers vom 16.4.2009).

Zu dem Einwand des Beschwerdeführers, dass Zahlungen an der Steuer vorbei in der Regel eine Regelmäßigkeit vermissen lassen (NS Erörterungstermin 12.12.2025), ist festzuhalten, dass der Beschwerdeführer einen Teil seiner Schwarzgeldzahlungen äußerst regelmäßig erhielt („***Steuerberater-Gutschriften***“, im April und September eines jeden Jahres die Vergütung der ***Gesellschaft 3***.) und er – ausgehend von dem Verwendungszweck – sogar Acontozahlungen für ihm zustehende Boni erhielt. Dieses allgemeine Vorbringen des Beschwerdeführers war für den erkennenden Senat daher nicht ausreichend, um im vorliegenden Fall die unterschiedlichen Höhen zu erklären.

Des Weiteren brachte der Beschwerdeführer vor, dass sich seine Belohnung nicht jedes Jahr erhöht haben kann, weil nicht von einer stetigen Wertsteigerung des Vermögens von ***Zeuge 1*** auszugehen war (Stellungnahme 27.3.2026). In diesem Zusammenhang führte er aus, dass die Anteile an der ***Bank 1*** im Jahr 2008 um einen symbolischen Euro (not-)verkauft werden mussten. Dies zeigt zwar, dass auch hohe Vermögenswerte nicht vor einem Verfall geschützt sind. Jedoch sagt ein Notverkauf im Jahr 2008 nichts über die Entwicklung eines Vermögens in den Jahren davor aus. Zudem stand dieses Vorbringen mit den aktenkundigen Unterlagen in Widerspruch: Das von ***Zeuge 1*** geerbte Vermögen entwickelte sich in den beschwerdegegenständlichen Jahren äußerst positiv. Dies zeigen bereits die aktenkundigen Bilanzgewinne der ***Gesellschaft 1*** sowie der ***Bank 1***. Der Beschwerdeführer wies in diesem Zusammenhang selbst darauf hin, dass in seinen 20 Jahren als (Finanz)-Vorstand jedes Jahr eine Dividende ausgeschüttet wurde und diese nie geringer war als im Vorjahr sondern sich meistens im Vergleich zum Vorjahr erhöhte (Stellungnahme 26.2.2026). Alleine die Ausschüttungen der ***Gesellschaft 1*** und der ***Bank 1***, die zu über 80% bzw über 90% im Eigentum von ***Zeuge 1*** standen, betrugen in den Jahren 2003 bis 2007 knapp EUR 164.000.000,00 (siehe ***Bank 1***: GuV [2003, 2006 und 2007] und Beschlüsse der Hauptversammlung [2004 und 2005], siehe ***Gesellschaft 1***: Auszüge aus den Geschäftsberichten 2007 und 2008).

Der Beschwerdeführer brachte vor, dass er keine weiteren erfolgsabhängigen Entlohnungen, als die, die nachweislich auf seinen Konten eingingen, erhalten haben konnte, weil das Vermögen von ***Zeuge 1***, welches neben der ***Gesellschaft 1*** und der ***Bank 1*** bestand, gering war (NS mündliche Verhandlung 8.4.2026). In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass nicht geklärt werden konnte, welche weiteren Vermögenswerte zu dem Vermögen von ***Zeuge 1*** gehörten bzw welchen Wert diese hatten. Zunächst (2009 bis 2025) vermittelte der Beschwerdeführer den Eindruck, dass beide Bereiche seiner Tätigkeit gleichwertig waren. Im Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 gab er erstmals an, dass er für die Tätigkeit als „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** lediglich 10% seiner Zeit aufwendete. Dies begründete er damit, dass es sich hier um vergleichsweise geringe Werte des Gesamtvermögens (5% bis 10%) gehandelt habe (NS Erörterungstermin 12.12.2025). Um eine Überprüfung des nunmehrigen Vorbringens des Beschwerdeführers zu ermöglichen, wurde er mit Beschluss vom 20. Jänner 2026 aufgefordert, eine Aufstellung des gesamten Vermögens

von ***Zeuge 1*** insbesondere des neben der ***Gesellschaft 1*** und ***Bank 1*** bestehenden Privatvermögens sowie deren Entwicklung in den beschwerdegegenständlichen Jahren vorzulegen. In diesem Zusammenhang wurde auch dargelegt, warum der Beschwerdeführer über dieses Wissen verfügte. Der Beschwerdeführer gab in diesem Zusammenhang an, dass er über keine solche umfassende Aufstellung verfüge und ihm auch nicht bekannt sei, dass derartige Darstellungen in der Vergangenheit angefertigt worden wären (Stellungnahme 20.2.2026). Zu den Vermögenswerten (zwei Zinshäuser in Lausanne, zwei Farmen in Kanada und ein Bürohauskomplex), die bereits im Zuge der Außenprüfung bekannt waren, machte er keine näheren Angaben, sodass nicht einmal festgestellt werden konnte, welchen Wert diese hatten. Der erkennende Senat konnte sich dem Vorbringen des Beschwerdeführers, dass die weiteren Vermögenswerte „gering“ waren, aus folgenden Überlegungen nicht anschließen: Zunächst gab es für die Verwaltung dieses Vermögens eine eigene „***Konzern-Gesellschaft***“ (***Gesellschaft 2***). Hätte die Außenprüfung alle Vermögenswerte ermittelt, scheint die Errichtung einer eigenen Gesellschaft für die Verwaltung von zwei Zinshäusern, zwei Farmen und einem Bürohauskomplex nach Ansicht des erkennenden Senates übertrieben. Der Beschwerdeführer gab zudem selbst an, dass in der ***Gesellschaft 2*** die Beteiligungen verwaltet und Entscheidungen über weitere Beteiligungen (wie, wo und in welcher Währung) getroffen wurden. Ausgehend von der Höhe der Ausschüttungen der ***Gesellschaft 1*** und der ***Bank 1*** in den beschwerdegegenständlichen Jahren erscheint es nicht glaubwürdig, dass das von der Außenprüfung festgestellte Vermögen das gesamte „Privatvermögen“ war bzw es sich durch die Ausschüttungen der ***Bank 1*** und ***Gesellschaft 1*** in den beschwerdegegenständlichen Jahren nicht vergrößerte.

In diesem Zusammenhang ist nach Ansicht des erkennenden Senates auch fraglich, ob die Belohnung des Beschwerdeführers nicht auch den Erfolg der ***Bank 1*** berücksichtigte. So gab der Beschwerdeführer zwar an, dass er nichts mit der ***Bank 1*** zu tun hatte. Die Vorgehensweise des Beschwerdeführers rund um das „***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“ belegte nach Ansicht des erkennenden Senates jedoch Gegenteiliges: Der Beschwerdeführer suchte ***Geschäftsführer 1***, der der eingetragene Geschäftsführer der ***Leintuchgesellschaft 2*** war, auf und diktierte ihm eine Rechnung der ***Gesellschaft 2*** an die ***Leintuchgesellschaft 2***, ohne dass ***Geschäftsführer 1*** dies in Frage stellte (Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 16). In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass der Beschwerdeführer selbst angab, dass er es war, der ***Vorname Familienname 1*** darüber informierte, dass die damaligen beiden Vorstände der ***Bank 1*** sich nicht verstanden und dies letztlich zur Entlassung einer der beiden Vorstände führte (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 26f). Er war es nach seinen Angaben auch, der ***Vorname Familienname 1*** davon überzeugte, ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** einen dritten Vorstand (***Vorstand 3***) zur Seite zu stellen (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seite 31) und die

Beteiligungsverträge für ***Vorstand 2*** und ***Vorstand 3*** aufsetzte (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seite 30).

In diesem Zusammenhang brachte er des Weiteren vor, dass ***Zeuge 1*** angab, dass der Beschwerdeführer für sie nur minimal tätig war (NS Erörterungstermin 12.12.2025, Stellungnahme 20.2.2026, NS mündliche Verhandlung 8.4.2026). In diesem Zusammenhang ist zunächst festzuhalten, dass eine Befragung von ***Zeuge 1*** aufgrund ihres Ablebens im Oktober 2025 nicht mehr möglich war. Der Vollständigkeit halber ist jedoch festzuhalten, dass ***Zeuge 1*** erst kurz vor dem Tod ihres Vaters (Aufsichtsrats-)Positionen in dem ihr zugedachten Teil des „Konzerns ***Konzern***“ übernahm. Sie war zu diesem Zeitpunkt 53 Jahre alt. Zuvor war sie als Fotografin tätig und erhielt Ausschüttungen aus den Stiftungen (NS Erörterungstermin 12.12.2025, Zeugeneinvernahme ***Zeuge 1*** 10.6.2009, Seite 6).

Insoweit schien diese von ***Zeuge 1*** vorgenommene Trennung zwischen ihrem „eigenen“ Vermögen und dem Vermögen, dass sie von ihrem Vater geerbt hatte, schlüssig. Auch der Hinweis der Abgabenbehörde, dass ***Zeuge 1*** über „eigene“ Bedienstete verfügte (Sekretärin, Chauffeur und Security) bestärkte diese Ansicht des erkennenden Senates.

Der Beschwerdeführer führte aus, dass er in seiner Notiz vom April 2009 keine weiteren Beträge anführte und jedenfalls anzunehmen sei, dass er, wenn es weitere Zuflüsse gegeben hätte, diese auf jeden Fall aufgeschrieben hätte. Da die Notiz, wie bereits zuvor angeführt, anlässlich der Beendigung des Dienstverhältnisses erstellt wurde, war es logisch, dass dort nur die Zuflüsse, die der Beschwerdeführer dieser Tätigkeit zuordnete, erfasst waren. Hierzu ist anzumerken, dass die steuerpflichtigen Zuflüsse, die von der Außenprüfung und vom Bundesfinanzgericht ermittelt wurden und deren Steuerpflicht vom Beschwerdeführer eingeräumt wurde, grundsätzlich höher waren als die auf der Notiz des Beschwerdeführers vom 16. April 2009 vermerkten Beträge. In einer weiteren Notiz des Beschwerdeführers, die aus der selben Zeit stammen dürfte, waren beispielsweise die Versicherungen bei der ***Versicherung 1*** im Wert von damals beinahe EUR 3.000.000,00 nicht erfasst.

Abschließend ist zu dem Vorbringen, dass die Annahme, dass der Beschwerdeführer weitere Beträge erhalten habe, lebensfremd sei (NS mündliche Verhandlung 8.4.2026), festzuhalten: Würde man dem Vorbringen des Beschwerdeführers folgen, würde dies bedeuten, dass der Beschwerdeführer teilweise nur geringfügig mehr erfolgsabhängige Entlohnung erhielt als ***Geschäftsführer 1***, der erst ab September 2000 im „Konzern ***Konzern***“ tätig war (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seite 7; Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seite 35). Dieser gab beispielsweise an, dass er im Jahr 2008 einen Bonus von EUR 400.000,00 erhielt. Würde man dem Vorbringen des Beschwerdeführers folgen, dass er alle Zuflüsse offengelegt hatte, so hätte er im Jahr 2008 als enger Vertrauter lediglich um EUR 100.000,00 erfolgsabhängige Entlohnung mehr bekommen als ein Mitarbeiter, der lediglich acht Jahre für den „Konzern ***Konzern***“ tätig war.

Die festgestellten Schwankungen von mehreren hunderttausend Euro pro Jahr waren für den erkennenden Senat nicht nachvollziehbar.

- „**Vorbild**“ ***Vorname Familienname 1***

Nach Ansicht des erkennenden Senates ist weiters Folgendes zu beachten: Der Beschwerdeführer war 40 Jahre für die Familie ***Familienname 1*** tätig. Diese legte – nicht zuletzt aufgrund der persönlichen Lebensgeschichte von ***Vorname Familienname 1*** – ein besonderes Augenmerk darauf, ihr Vermögen zu verschleiern. Zu diesem Zwecke bedienten sie sich einer Vielzahl an gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen (zB ***Bank 1***, ***Schwestergesellschaft 1*** und ***Schwestergesellschaft 2***, Managementverträge ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2***), welche sich insbesondere auch auf ausländische Gesellschaften erstreckte (zB Stiftungen in Liechtenstein und Briefkastengesellschaften auf den niederländischen Antillen). Vermögen wurde gezielt nach Übersee verbracht bzw dort investiert. ***Vorname Familienname 1*** verschleierte sein Auftreten insbesondere auch dadurch, dass er über Konten von Dritten verfügen konnte (zB Konto von ***Frau X*** bei der ***Bank 5***).

Der Beschwerdeführer war aufgrund seiner jahrzehntelangen Zugehörigkeit und seiner Tätigkeit als dessen „Sekretär“ in diese Prozesse eingebunden: Er bereitete sie vor, setzte sie um und überwachte deren Einhaltung. Der Beschwerdeführer bezeichnete ***Vorname Familienname 1*** als sein Vorbild (1. Beschuldigtenvernehmung 5.9.2009, Seite 3) und eignete sich hinsichtlich seines Vermögens eine ähnliche Vorgehensweise an:

Dies zeigt bereits seine Hausverwaltertätigkeit für die ***Adresse 1***, für die nach den Feststellungen zumindest fünf Konten bestanden. Er verfügte zudem über zumindest zehn Giro- bzw Privatkonten bei in- und ausländischen Bankinstituten (***Bank 3*** [***Kontonummer 3 bei Bank 3***, ***Kontonummer 1 bei Bank 3*** und ***Kontonummer 4 bei Bank 3***], ***Bank 2*** [***Kontonummer 1 bei Bank 2*** und ***Kontonummer 2 bei Bank 2***], ***Bank 1*** [***Kontonummer 2 bei Bank 1*** und ***Kontonummer 2 bei Bank 1***] und ***Bank 4*** [***Kontonummer 1 bei Bank 4***, ***Kontonummer 2 bei Bank 4*** und ***Kontonummer 3 bei Bank 4***]), eine Vielzahl an Depots im In- und Ausland sowie über Kreditkonten. Alle aktenkundigen Postsendungen zu diesen Konten trugen Vermerke wie „Post wird abgeholt“, „banklagernd“. Andere Postsendungen wurden an „***Konzern-Gesellschaften***“ (***Gesellschaft 2*** - ***Adresse Gesellschaft 2***; ***Gesellschaft 23***. - ***Adresse Gesellschaft 23***) gesendet oder wurden in einem Schließfach gelagert (Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 2 bei Bank 3***)) in Schließfach ***Schließfachnummer***).

Der Beschwerdeführer bediente sich selbst Treuhandkonstruktionen. Diese waren für ihn nichts Ungewöhnliches (Protokoll ***Zahl LGS***, 3. Tag, ***Datum 3. Tag***, Seite 93): Im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung der ***Immobilien-gesellschaft 2*** im Jahr 2003

veranlasste er, dass ***Zeuge 2*** und seine Ehefrau in die Zeichnerlisten aufgenommen wurden (beide zeichneten treuhändig Aktien im Wert von jeweils EUR 1.413.360,00). Auch im Zusammenhang mit den Termingeschäften mit der ***Leintuchgesellschaft 3*** bediente er sich zusammen mit ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** eines Treuhänders (***Name Treuhänder 1***). Des Weiteren bestand über viele Jahre hindurch ein Treuhandverhältnis zwischen ihm und ***Name Treuhänder 2***.

Der Beschwerdeführer war zudem über fremde Konten Verfügungsbefugt. Das Ermittlungsverfahren ergab, dass er über das Konto von ***Frau X*** sowie das von ihr gemietete Schließfach bei der ***Bank 5*** sowie das Konto der ***Gesellschaft 2*** bei der ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***) Verfügungsbefugt war. Auch wenn der Beschwerdeführer eine Verfügungsbefugnis bei dem Konto der ***Gesellschaft 2*** bestritt und ausführte, dass in der ***Bank 1*** das vier-Augen-Prinzip galt, ging der erkennende Senat davon aus, dass der Beschwerdeführer weitestgehend alleine über dieses Konto verfügen konnte. Dies insbesondere weil er das „***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“ über dieses Konto abwickelte und weil dieses Konto im März 2009 – in zeitlicher Nähe zu der Pensionierung des Beschwerdeführers – geschlossen wurde.

Er veranlagte Geld im Ausland (zB 2007 und 2008 bei der Dominion Fund Management Limited in Guernsey).

Zudem wickelte er Zahlungen in bar ab: Dies waren beispielsweise ein Eigenerlag in Höhe von 10.000,00 am 17. Februar 2004 (***Bank 3*** ***Kontonummer 1 bei Bank 3***) oder Barabhebungen von bis zu EUR 30.000,00 am 16. Dezember 2005, am 13. November 2006 und am 19. Oktober 2007 (***Bank 3*** ***Kontonummer 1 bei Bank 3***). Er wickelte Zahlungen auch teilweise über Schecks ab: Gutschrift in Höhe von EUR 79.134,31 am 2. Dezember 2004 (***Bank 1*** ***Kontonummer 2 bei Bank 1***); „***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“ und Lastschrift in Höhe von EUR 45.000,00 am 2. August 2007 (***Bank 3*** ***Kontonummer 1 bei Bank 3***). In diesem Zusammenhang ist nach Ansicht des erkennenden Senates abermals auf die Notiz vom 16. April 2009 hinzuweisen: Dort hielt der Beschwerdeführer fest, dass er ein Aconto für den Bonus 2008 in Höhe von EUR 60.000,00 erhalten hatte. Das Konto der ***Gesellschaft 2*** bei der ***Bank 1*** (***Kontonummer 1 bei Bank 1***) zeigte in diesem Jahr Barbehebungen in Höhe von EUR 64.000,00.

- Mitwirkung des Beschwerdeführers

Grundsätzlich trägt die Abgabenbehörde die Feststellungslast für alle Tatsachen, die vorliegen müssen, um einen Abgabenanspruch geltend machen zu können, doch befreit dies die Partei nicht von der Verpflichtung, ihrerseits zur Klärung des maßgebenden Sachverhaltes beizutragen und die für den Bestand und Umfang einer Abgabepflicht bedeutsamen Umstände vollständig und wahrheitsgemäß im Sinne des § 119 Abs 1 BAO offenzulegen (VwGH 6.4.1995, 93/15/0060). Insbesondere wenn Sachverhaltselemente im Ausland ihre Wurzeln

haben, ist die Mitwirkungspflicht und Offenlegungspflicht der Partei in dem Maße höher, als die Pflicht der Abgabenbehörde zur amtswegigen Erforschung des Sachverhaltes wegen des Fehlens der ihr sonst zu Gebote stehenden Ermittlungsmöglichkeiten geringer wird. In diesen Fällen besteht eine erhöhte Mitwirkungspflicht (VwGH 16.4.2024, Ro 2022/13/0017).

Der Beschwerdeführer erhielt von ausländischen „***Konzern-Gesellschaften***“ Beträge in Höhe von mehreren Millionen Euro. Im beschwerdegegenständlichen Zeitraum bestanden – entgegen der Behauptung des Beschwerdeführers – keine Ermittlungsmöglichkeiten in der Schweiz, Liechtenstein und den niederländischen Antillen. Selbst wenn diese bestanden hätten, hätte es einer entsprechenden Mitwirkung des Beschwerdeführers bedurft, um die relevanten Tatsachen vollständig aufzuhellen (siehe Ausführungen zuvor „Vorbild“ ***Vorname Familienname 1***).

In diesem Zusammenhang ist zwar festzuhalten, dass der Beschwerdeführer gegen Ende des Beschwerdeverfahrens – nach seiner (nicht rechtskräftigen) finanzstrafrechtlichen Verurteilung einräumte –, dass jene Zuflüsse, die die Außenprüfung ermittelt hatte, grundsätzlich steuerpflichtig waren. Er wirkte ab diesem Zeitpunkt auch bei der Ermittlung des entscheidungswesentlichen Sachverhaltes mit und legte weitere Zuflüsse auf seinem Konto bei der ***Bank 2*** (***Kontonummer 1 bei Bank 2*** – dessen Existenz bereits der Außenprüfung bekannt war – von umgerechnet EUR 60.000,00 jährlich offen. Die Kontoauszüge eines weiteren Kontos bei der ***Bank 2*** (***Kontonummer 2 bei Bank 2*** – dessen Existenz ebenfalls bereits der Außenprüfung bekannt war – wurden vorgelegt, nachdem er ausdrücklich dazu aufgefordert wurde. Auf die Frage, ob er im Ausland über weitere Konten verfügte, gab er an, dass ihm keine weiteren Konten erinnerlich seien (Beschluss 20.1.2026 und Vorhaltsbeantwortung 20.2.2026). Dies stand insoweit mit den aktenskundigen Kontoauszügen der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3*** in Widerspruch, als dass der Beschwerdeführer in der Schweiz zumindest noch über ein (Kredit-)Konto verfügte (Abbuchungen mit dem Verwendungszweck „RATE SCHWEIZER DARLEHEN“ bis 10/2006). Sein Vorbringen, dass es keine weiteren Zahlungen von „***Konzern-Gesellschaften***“ an ihn gegeben habe (NS Erörterungstermin 12.12.2025, Seite 6, Vorhaltsbeantwortung 20.2.2026 und 27.3.2026), stellte sich im Hinblick auf die weiteren Einzahlungen an die ***Versicherung 1*** durch die ***Gesellschaft 2*** in Höhe von EUR 450.000,00 in den Jahren 2003 und 2004 ebenfalls als unrichtig heraus (NS mündliche Verhandlung 8.4.2026). Der dahinterliegende Sachverhalt konnte daher – trotz mehrmaliger Versuche der Außenprüfung sowie des Bundesfinanzgerichtes – nicht vollständig aufgeklärt werden.

Zu den Ausführungen des Beschwerdeführers, dass ihm relevante Unterlagen aufgrund der Beschlagnahme im Zuge der gegen ihn geführten Strafverfahren nicht mehr vorliegen würden bzw er diese aufgrund der lange zurückliegenden Zeiträume nicht mehr beschaffen könne (Wechsel von Kontaktpersonen, Gesellschaften, Vernichtung,...), ist darauf hinzuweisen, dass

der Beschwerdeführer verpflichtet gewesen wäre, Vorsorge zu treffen, um eine konkrete und vollständige Aufklärung der Tatsachen sicherzustellen (VwGH 28.10.2010, 2006/15/0326).

Zuletzt führte auch Vorbringen des Beschwerdeführer wie beispielsweise, dass er über nichts verfügen könne und sein gesamtes Vermögen seit mehr als 10 Jahren, teilweise 15 Jahren sichergestellt und blockiert sei (NS mündliche Verhandlung 8.4.2026, Beilage ./1), zu Zweifeln an seiner Glaubwürdigkeit. Eine Einsicht in die Datenbanken der Abgabenbehörde ergab, dass zwischen der Republik Österreich, Finanzamt Österreich, und dem Beschwerdeführer im Jahr 2023 eine Aufschiebung der Exekution der laufenden Pensionszahlungen der PVA (EUR 142.500,64 [KZ 210]) und der ***Versicherung 2*** (EUR 71.000,00 [ausgehend von einem Betrag von EUR 4.880,00 im Jahr 2010 mit einer garantierten 1%-igen Wertsicherung]) gegen Verpflichtung zur Zahlung von Raten in Höhe von EUR 2.000,00 pro Monat vereinbart wurde. Des Weiteren wurde von der Abgabenbehörde der Einstellung der Exekution hinsichtlich des Miteigentumsanteiles an der Liegenschaft ***Adresse 1***, und der Veräußerung der Liegenschaft ***Adresse 3*** unter gewissen Auflagen zugestimmt.

- **Conclusio**

Die festgestellten Schwankungen von mehreren hunderttausend Euro pro Jahr konnten vom Beschwerdeführer nicht aufgeklärt werden. Der Beschwerdeführer hielt sich beinahe 40 Jahre in einem Umfeld auf, welches besonderen Wert darauf legte, Vermögen und Zahlungsflüsse zu verschleiern. Weiters stellten sich die Beteuerungen, dass der Beschwerdeführer alle Konten und Zahlungsflüsse offengelegt hatte, in der Folge als unrichtig heraus. Nach Ansicht des erkennenden Senates sprach aus diesen Gründen die überwiegende Wahrscheinlichkeit (VwGH 23.9.2010, 2010/15/0078; 28.10.2010, 2006/15/0301; 26.5.2011, 2011/16/0011; 20.7.2011, 2009/17/0132) dafür, dass der Beschwerdeführer über weitere Konten verfügte oder über Konten Dritter verfügen konnte, die er nicht offengelegte. In diesem Zusammenhang ist auch das Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 3 bei Bank 3***) zu erwähnen, auf welches von der Hausverwaltung Margarete Müller in den Jahren 2004 bis 2006 Barabfuhrten des Beschwerdeführers überwiesen wurden.

- **Schätzung**

Die Wahl der Schätzungsmethode steht der Abgabenbehörde grundsätzlich frei (zB VwGH 12.11.2025, Ra 2024/13/0055; 11.6.2021, Ro 2020/13/0005). Es ist jene Methode zu wählen, die im Einzelfall zur Erreichung des Zieles, den tatsächlichen Gegebenheiten (der tatsächlichen Besteuerungsgrundlage) möglichst nahe zu kommen, am geeignetsten erscheint (vgl zB VwGH 12.8.2024, Ra 2024/13/0073; 20.9.2023, Ra 2023/13/0003).

Um den tatsächlichen Gegebenheiten möglichst nahe zu kommen und die Umstände des vorliegenden Falles ausreichend berücksichtigen zu können, erschien dem erkennenden Senat für die Ermittlung der korrekten Bemessungsgrundlage für die Belohnung für die Tätigkeit als

„Sekretär“ von ***Zeuge 1*** folgende Herangehensweise am geeignetsten: Nach den getroffenen Feststellungen flossen dem Beschwerdeführer hierfür im Jahr 2003 EUR 749.000,00 und im Jahr 2005 EUR 1.000.000,00 zu. Unter der Annahme, dass durch das Ermittlungsverfahren in diesen Jahren alle steuerpflichtigen Zuflüsse aufgedeckt wurden, entsprach dies einer Steigerung von über 33% in zwei Jahren. Umgelegt würde dies eine jährliche Steigerung von rund 17% bedeuten. Daraus ergab sich eine Belohnung für das Jahr 2004 in Höhe von EUR 876.330,00.

Der erkennende Senat ging davon aus, dass sich diese Belohnung auch in den Folgejahren (2006 bis 2008) entsprechend erhöhte. Dies insbesondere in Anbetracht des Umstandes, dass sich die Beträge, die der Beschwerdeführer jährlich „jedenfalls“ erhielt, im beschwerdegegenständlichen Zeitraum nicht bzw kaum erhöhten. So erhielt er als Angestellter bei der ***Gesellschaft 2*** CHF 24.000,00 jährlich. Die Zahlungen der ***Gesellschaft 3*** betrugen jährlich CHF 91.000,00. Die dem Beschwerdeführer zustehenden „***Steuerberater-Gutschriften***“ betrugen jährlich EUR 146.400,00. Sein Gehalt als Vorstand der ***Gesellschaft 1*** erhöhte sich, obwohl sich die ***Gesellschaft 1*** äußerst positiv entwickelte, um maximal 0,3% pro Jahr. Dies führte aufgrund der steigenden Beitragsgrundlage zur Sozialversicherung dazu, dass der Beschwerdeführer jährlich bis zu EUR 367,99 weniger an steuerpflichtigen Einkünften erhielt. Unter Berücksichtigung der oben angeführten Umstände, schien eine jährliche Steigerung in den Jahren 2006 bis 2008 von 17% daher angemessen.

Im Jahr 2008 ging der erkennende Senat davon aus, dass – insbesondere aufgrund der Vorgänge im Zusammenhang mit der ***Bank 1*** – lediglich die halbe Belohnung ausbezahlt wurde. Den Ausführungen der Außenprüfung, dass der Beschwerdeführer ab 2008 das Vertrauen von ***Zeuge 1*** verloren hatte, konnte nicht gefolgt werden. Die Bestellungen zum Geschäftsführer in einer Vielzahl von neu gegründeten Gesellschaften zeigte, dass dieses Vertrauen weiterhin bzw zumindest bis Juni 2009 bestand.

Da der erkennende Senat – ebenso wenig wie die Außenprüfung zuvor – die Schätzung nicht mit einem ungeklärten Vermögenszuwachs begründete, bestand keine Grundlage für die von dem Beschwerdeführer geforderte Kostendeckungsrechnung.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass der, der zur Schätzung begründeten Anlass gibt, eine mit jeder Schätzung verbundene Unsicherheit hinnehmen muss. Es liegt im Wesen der Schätzung, dass die auf diese Weise ermittelten Größen die tatsächlich erzielten Ergebnisse nur bis zu einem mehr oder weniger großen Genauigkeitsgrad erreichen (VwGH 19.9.1984, 84/13/0021). Diese Behaftung mit Ungewissheiten und Ungenauigkeiten bewirkt keine Unzulässigkeit der Ermittlung von Besteuerungsgrundlagen durch Schätzung (VwGH 30.6.2015, 2013/15/0149). Dem Beschwerdeführer wurde im Rahmen des Schriftsatzwechsels sowie der

mündlichen Verhandlung Gelegenheit zur Äußerung zur Schätzungsgrundlage gewährt und darauf hingewiesen, dass es gegebenenfalls zu einer Verböserung kommen kann.

1.4.3. Zahlungsmodalitäten

Die festgestellten Zahlungsflüsse ergaben sich aus den aktenskundigen Kontoauszügen der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***), der ***Bank 1*** (***Kontonummer 2 bei Bank 1***, ***Kontonummer 1 bei Bank 1***) und der ***Bank 2*** (***Kontonummer 1 bei Bank 2***, ***Kontonummer 2 bei Bank 2***) sowie den Unterlagen des Beschwerdeführers betreffend die ***Versicherung 1*** (***Versicherungspolizze 1***, ***Versicherungspolizze 2***, ***Versicherungspolizze 3***).

Die festgestellten Zahlungsflüsse waren zwischen den Parteien bis auf folgende Zahlungsflüsse unstrittig: EUR 86.490,00 („Familie ***Familiennamen 2***“), EUR 1.000.000,00 („Einmalanlage Versicherungspolizze ***Versicherungspolizze 3***“) und EUR 500.000,00 („1. Erhöhung Versicherungspolizze ***Versicherungspolizze 3***“).

- **EUR 86.490,00 („Familie ***Familiennamen 2***“)**

Der erkennende Senat konnte sich der Beurteilung der Außenprüfung, dass es sich bei diesem Kontoeingang um einen steuerpflichtigen Zufluss handelte, nicht anschließen. Die im Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 vorgelegten Kontoauszüge zeigten, dass der Beschwerdeführer diesen Betrag von seinem eigenen Konto bei der ***Bank 2*** (***Kontonummer 2 bei Bank 2***) anwies. Insoweit konnte trotz des vom Beschwerdeführer selbst gewählten Verwendungszweckes „Honorar“ kein steuerpflichtiger Zufluss festgestellt werden.

Allgemein ergab sich aus den aktenskundigen Kontoauszügen, dass sich der Beschwerdeführer und Familie ***Familiennamen 2*** in den Jahren 2003 bis 2007 Geld in unterschiedlicher Höhe überwies (zwischen EUR 100,00 und EUR 130.000,00). Insoweit ging auch der erkennende Senat davon aus, dass zwischen Familie ***Familiennamen 2*** und dem Beschwerdeführer eine (Geschäfts-)Verbindung bestand. Hinweise, dass der Beschwerdeführer von der Familie ***Familiennamen 2*** bezahlt wurde, ergaben sich aus dem Akt jedoch nicht. Dies betonten ***Frau Familiennamen 2*** und ***Herr Familiennamen 2*** bereits in ihrer Einvernahme im Jahr 2011 und ***Herr Familiennamen 2*** neuerlich in seinem Schreiben vom 18. Oktober 2024. Die unentgeltliche Besorgung von Aufgaben bzw. Übernahme von Treuhandschaften von bzw. für den Beschwerdeführer war zudem im vorliegenden Akt immer wieder dokumentiert (zB die unentgeltliche Übernahme einer Treuhandschaft durch ***Zeuge 2***, ***die Ehefrau des Beschwerdeführers*** oder ***Name Treuhänder 1***).

- **EUR 1.000.000,00 („Einmalanlage Versicherungspolizze ***Versicherungspolizze 3***“)**

Im Zusammenhang mit dieser Versicherungspolizze gab der Beschwerdeführer an, dass er diese Einmalprämie selbst geleistet habe. Er habe diesen Betrag durch einen Kredit bei der ***Bank 1*** finanziert. Zum Beweis hierfür verwies er auf seine Angaben auf dem Antrag bei der ***Versicherung 1***. Der Kredit habe auf ***Name Treuhänder 2*** gelautet, der als sein Treuhänder fungierte. Zum Beweis seines Vorbringens verwies er darauf, dass diese Lebensversicherung an die ***Bank 1*** verpfändet wurde.

Dem Vorbringen des Beschwerdeführers konnte aus folgenden Gründen nicht gefolgt werden: Zunächst legte der Beschwerdeführer weder den Kreditvertrag noch sonst Unterlagen vor, die sein Vorbringen hätten belegen können. Zudem wurde, wie die Abgabenbehörde ausführte, die Versicherung am 1. Mai 2005 abgeschlossen. Nach den Versicherungsbedingungen war die Versicherungssumme innerhalb von drei Monaten einzuzahlen. Die Verpfändung erfolgte jedoch erst Ende Oktober 2005.

Nach Ansicht des erkennenden Senates sprach die überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür, dass auch dieser Betrag von einer der „***Konzern-Gesellschaften***“ an die ***Versicherung 1*** überwiesen wurde. Dies insbesondere weil im beschwerdegegenständlichen Zeitraum drei der insgesamt sechs Zahlungen nachweislich von „***Konzern-Gesellschaften***“ an die ***Versicherung 1*** überwiesen wurden.

- **EUR 500.000,00 („1. Erhöhung Versicherungspolizze ***Versicherungspolizze 3***“)**

Dass diese 1. Erhöhung der Versicherungspolizze ***Versicherungspolizze 3*** in Höhe von EUR 500.000,00 vom Beschwerdeführer und nicht von einer „***Konzern-Gesellschaft***“ geleistet wurde, ergab sich aus folgenden Überlegungen: Auf dem Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 1*** (***Kontonummer 2 bei Bank 1***) fand sich am 3. Mai 2007 ein Abfluss in dieser Höhe. Diese Überweisung stand zudem im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Erhöhung der Polizze am 1. Mai 2007. Auch wenn sich aus dem aktenkundigen Kontoauszug – im Gegensatz zu der Überweisung vom 19. Juli 2007, in dem die ***Versicherung 1*** ausdrücklich als Begünstigte der Buchung aufschien – nicht ergab, an wen der Beschwerdeführer diesen Betrag überwies, ging der Senat davon aus, dass der Beschwerdeführer ausreichend glaubhaft machen konnte, dass er diesen Betrag zur Erhöhung der Versicherungspolizze selbst anwies.

1.5. Angestellter der *Gesellschaft 2*****

Die Höhe der Einkünfte als Angestellter der ***Gesellschaft 2*** konnten im Zuge der mündlichen Verhandlung am 8. April 2026 außer Streit gestellt werden. Sie gingen unstrittig auf dem Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 2*** (***Kontonummer 1 bei Bank

2***) ein. Dass diese Beträge in der Schweiz besteuert wurden, ergab sich nach Ansicht des erkennenden Senates aus dem vorgelegten Auszug der AHV und wurde dies von der Abgabenbehörde auch nicht mehr bestritten.

Im Zuge der mündlichen Verhandlung konnte auch Einvernehmen dahingehend erzielt werden, dass der Beschwerdeführer in den Jahren 2007 und 2008 in der Schweiz Steuern in der festgestellten Höhe für sein Gehalt als Angestellter abführte.

2. Strafrechtliche Verurteilung des Beschwerdeführers zu *Zahl LGS*****

2.1. Allgemeines zu *Bank 1*****

Die allgemeinen Feststellungen zu der ***Bank 1*** ergaben sich aus einer Einsicht in das Firmenbuch. Die Feststellungen zu den Gründen und Motiven für die Bildung des Firmengeflechtes, zu dessen Aufbau, zu dem allgemeinen Verständnis innerhalb der ***Bank 1***, dass es sich um eine einheitliche Unternehmensstruktur handelte, sowie die personelle Verflechtung, insbesondere durch die Besetzung der Vorstands- und Geschäftsführerpositionen durch ***Vorstand 1*** sowie ***Vorstand 2***, ergaben sich aus den übereinstimmenden Aussagen des Beschwerdeführers (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 31f), ***Vorstand 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 9ff) und ***Geschäftsführer 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 36ff) im Strafverfahren zu ***Zahl LGS*** (siehe auch Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***, Seiten 21-27).

Die Feststellungen zur ***Immobilien-gesellschaft 1*** und ***Immobilien-gesellschaft 2*** ergaben sich aus einer Einsicht in das Firmenbuch sowie den Aussagen ***Vorstand 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 10ff) und ***Geschäftsführer 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 2. Tag, ***Datum 2. Tag***, Seiten 41ff) im Strafverfahren zu ***Zahl LGS*** (siehe auch Urteil Landesgericht für Strafsachen vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***, Seiten 27f).

2.2. Private Placement der *Immobilien-gesellschaft 2*** im April 2003**

Die Feststellungen zu der Aufsichtsratssitzung bzw dem dort beschlossenen Incentive für ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** beruhten auf dem aktenkundigen Beschluss des Aufsichtsrates der ***Immobilien-gesellschaft 1*** (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./2) sowie den Aussagen von ***Aufsichtsrat 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 6. Tag, ***Datum 6. Tag***, Seiten 70ff), ***Aufsichtsrat 2*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 6. Tag, ***Datum 6. Tag***, Seiten 82ff) und ***Aufsichtsrat 3*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 7. Tag, ***Datum 7. Tag***, Seiten 28ff), die diesen Beschluss (mit-)fassten. Dass sich dieses Incentive ausschließlich auf die Kapitalerhöhung im April 2003 bezog und der Beschwerdeführer nicht zu

dem darin begünstigten Personenkreis gehörte, ergab sich bereits aus dem Wortlaut des Beschlusses. Das Vorbringen des Beschwerdeführers, dass er gerne an dieser Kapitalerhöhung teilnehmen wollte (Beschwerde 28.11.2014, Seiten 13, 26 und 29), stand mit dieser Feststellung nicht in Widerspruch.

Die Feststellungen zu der Durchführung des Private Placements durch die ***Bank 1*** sowie der Erwerb von mehr als 50% dieser Aktien durch private und institutionelle Anleger ergaben sich aus den aktenkundigen Zeichnerlisten, dem aktenkundigen Gutachten ***Name Gutachter 2*** (Seite 53) und war zwischen den Parteien unstrittig.

Dass der Beschwerdeführer (über Treuhänder), ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** Aktien zeichneten, ergab sich aus den aktenkundigen Zeichnerlisten. Diese zeigten auch, dass diese Aktien nicht bezahlt wurden. Die Feststellung, dass sie keine Aktien erwarben, ergab sich insbesondere aus der Aussage des Sachverständigen ***Name Gutachter 2***. Dieser legte nachvollziehbar dar, dass ein Aktienkauf erst durch eine gesonderte Belastung (im Fall des Beschwerdeführers EUR 2.838.700,00) des vom Anbotsteller hinterlegten Kontos durch die ausgebende Stelle wirksam abgeschlossen wird (Protokoll ***Zahl LGS***, 11. Tag, ***Datum 11. Tag***, Seiten 21ff). Der Sachverständige ***Name Gutachter 2*** wies zudem darauf hin, dass dieser Mechanismus insbesondere aus Sicht der ausgebenden Stelle sinnvoll ist, weil sonst alle Zeichner, die nicht zum Zug kommen, entschädigt werden müssten. Dass eine Zeichnung von Aktien nicht bereits zu dessen Erwerb führt, zeigten nach Ansicht des erkennenden Senates auch die vom Beschwerdeführer vorgelegten Ad-Hoc-Mitteilungen zu den Kapitalerhöhung der ***Immobilien-gesellschaft 2*** in den Jahren 2004 und 2005 (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./19), in denen bekannt gegeben wurde, dass die „*aktuell durchgeführte Kapitalerhöhung der ***Immobilien-gesellschaft 2*** bereits deutlich überzeichnet*“ und aus diesem Grund „*die aktuelle Kapitalerhöhung vorzeitig geschlossen*“ wurde. Die Feststellung, dass keine Aktien erworben wurden, wurde zuletzt auch vom OGH (***Datum und Geschäftszahl OGH***, Seiten 22ff) getroffen.

2.3. Erwerb und Verkauf von *Immobilien-gesellschaft 2***-Aktien durch**

*****Leintuchgesellschaft 1*****

Der Erwerb der ***Immobilien-gesellschaft 2***-Aktien durch die ***Leintuchgesellschaft 1*** am 30. April 2003, die Erfassung in deren Buchhaltung, die weiteren Verkäufe, die (Rück-) Verkäufe am 5., 9. und 29. April 2004 an die ***Bank 1*** sowie die Höhe des daraus erzielten Gewinns ergaben sich aus dem aktenkundigen Gutachten ***Name Gutachter 2*** (Seiten 56ff, 128) (siehe auch Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***, Seiten 8f, 32f, 35f).

Das Vorbringen des Beschwerdeführers (Beschwerde 28.11.2014, Seite 16), dass er „seine“ Aktien als Zwischenlösung durch die ***Leintuchgesellschaft 1*** erwerben lies und dort „lagerte“ bis eine bessere Lösung gefunden wurde bzw (insoweit widersprüchlich) er keine Zeit

und Aufmerksamkeit aufbringen konnte, um sich mit dem eigenen Aktienerwerb weiter zu befassen, wurde weder durch die Vorlage von Vereinbarungen zwischen ihm und der ***Leintuchgesellschaft 1*** noch zwischen ihm und der ***Bank 1*** belegt. Auch die Aussage von ***Geschäftsführer 1***, wonach bis Oktober 2003 an einer Finanzierung dieser Aktien gearbeitet wurde (Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 12), sprach gegen das Vorbringen des Beschwerdeführers. Entgegen der Ansicht des Beschwerdeführers lies sich auch aus dem To-do-Buch von ***Geschäftsführer 1*** nicht ableiten, dass es sich bei den Aktien der ***Leintuchgesellschaft 1*** eigentlich um „seine“ Aktien handelte. Die Außenprüfung wies zutreffend darauf hin, dass ***Geschäftsführer 1*** in den vorgelegten Eintragungen immer zwischen den „***Vorstand 1***, ***Vorstand 2***, und ***Beschwerdeführer***-Aktien“ und den „IE-Aktien“ der ***Leintuchgesellschaft 1*** unterschied. Dies bestätigte auch der Verfasser dieser Einträge, wonach ihm im Jahr 2004 nicht bewusst war, dass es sich bei den Aktien der ***Leintuchgesellschaft 1*** und den „Aktien von ***Vorstand 1***, ***Vorstand 2*** und ***Beschwerdeführer***“ um dieselben Aktien handelte (Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seiten 12f).

2.4. Berechnung eines fiktiven Gewinnes und Lukrieren von EUR 250.000,00 durch eine Scheinrechnung – „*Faktum Leintuchgesellschaft 1***“**

Die Feststellungen, dass ***Vorstand 1*** ***Geschäftsführer 1*** anwies, den Gewinn für den Beschwerdeführer zu berechnen und welche Parameter er vorgab, beruhten auf der Aussage von ***Geschäftsführer 1*** (Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 12), die sich mit den Eintragungen in seinem To-do-Buch deckten.

Die Feststellungen zu der Lukrierung der errechneten „Gewinne“ ergaben sich aus dem Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS*** (siehe auch ***Geschäftszahl OGH***). Dort wurde der Beschwerdeführer schuldig gesprochen, zu den strafbaren Handlungen von ***Vorstand 1*** (Untreue) dadurch beigetragen zu haben, indem er mit ***Vorstand 1*** vereinbarte, Teile der Erlöse aus den Verkäufen der von der ***Leintuchgesellschaft 1*** gehaltenen ***Immobilien-gesellschaft 2***-Aktien mittels Scheinrechnungen zu lukrieren, indem eine ihm nahestehende Gesellschaft eine Rechnung für nicht erbrachte Leistungen an die ***Leintuchgesellschaft 2*** ausstellt und von dieser der entsprechende Betrag sodann überwiesen wird. Der Beschwerdeführer forderte in Umsetzung dieses Tatplanes ***Geschäftsführer 1*** auf, eine Rechnung im Namen der ***Gesellschaft 2*** an die ***Leintuchgesellschaft 2*** über einen Betrag in Höhe von EUR 250.000,00 zu erstellen und demgemäß wusste der Beschwerdeführer, dass ***Vorstand 1*** als handelsrechtlicher Geschäftsführer der ***Leintuchgesellschaft 2*** seine Befugnis wissentlich missbrauchen wird, weil durch diese Rechnung für tatsächlich nicht erbrachte Leistungen Ansprüche geltend gemacht werden, die auch bezahlt werden (Spruchpunkt II./A./2./ des Urteils des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***). Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes entfaltet

ein rechtskräftiges Strafurteil bindende Wirkung hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen, auf denen sich die jeweilige strafbare Handlung nach ihren gesetzlichen Tatbestandselementen zusammensetzt. Die Bindungswirkung erstreckt sich auf die vom Gericht festgestellten und durch den Spruch gedeckten Tatsachen (VwGH 18.8.2025, Ra 2024/13/0111, 24.4.2025, Ra 2024/15/0060, mwN). Der erkennende Senat war daher an die in Spruchpunkt II./A./2./ festgestellten Tatumstände gebunden.

Die Feststellung, dass dieser Aufwand von der ***Leintuchgesellschaft 2*** weder an die ***Leintuchgesellschaft 1*** noch an die ***Bank 1*** weiterfakturiert wurde, beruhte auf dem aktenkundigen Gutachten von ***Name Gutachter 2*** (Seite 128; siehe auch Protokoll ***Zahl LGS***, 9. Tag, ***Datum 9. Tag***, Seiten 20f).

Dass der Beschwerdeführer nach Begleichung der Scheinrechnung durch die ***Leintuchgesellschaft 2*** die Weiterleitung auf sein Konto veranlasste und das Geld auf seinem Konto einging, ergab sich insbesondere aus den von dem Beschwerdeführer vorgelegten Unterlagen (Beschwerde 28.11.2014, Seite 19 und Beilage ./18) und war zwischen den Parteien unstrittig.

2.5. Optionen des Beschwerdeführers mit der *Bank 1*** – „***Bank1-Optionen***“**

Die Feststellungen zu dem Abschluss der Optionen, deren Inhalt (Stückanzahl der Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 1*** bzw ***Immobilien-gesellschaft 2***, Strikepreis, Befristung, Bezug zur jeweiligen Kapitalerhöhung, Fehlen von Put-Optionen und Fehlen von Optionsprämien), des Schadens der ***Bank 1*** sowie, dass dies ohne Einbindung und beschlussmäßiger Zustimmung des Aufsichtsrates erfolgte, ergaben sich aus dem Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS*** (siehe auch ***Geschäftszahl OGH***). Dadurch wurde der Beschwerdeführer schuldig gesprochen, als Mittäter der ***Bank 1*** einen Schaden in Höhe von zumindest EUR 4.265.783,00 zugefügt zu haben. Dies dadurch, dass ***Vorstand 1*** als Vorstand sowie der Beschwerdeführer als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender als Mittäter, sich ohne Einbindung und beschlussmäßiger Zustimmung des Aufsichtsrates die „***Bank1-Optionen***“ einräumten und keine Optionsprämien entrichteten bzw einhoben (Spruchpunkt I./C./ des Urteils des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***). Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes entfaltet ein rechtskräftiges Strafurteil bindende Wirkung hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen, auf denen sich die jeweilige strafbare Handlung nach ihren gesetzlichen Tatbestandselementen zusammensetzt. Die Bindungswirkung erstreckt sich auf die vom Gericht festgestellten und durch den Spruch gedeckten Tatsachen (VwGH 18.8.2025, Ra 2024/13/0111; 24.4.2025, Ra 2024/15/0060, mwN). Der erkennende Senat war daher an die in Spruchpunkt I./C./ festgestellten Tatumstände gebunden.

Dass es sich hierbei – entgegen dem Vorbringen des Beschwerdeführers – jeweils um originäre Rechtsgeschäfte handelte und nicht um eine Verschriftlichung bereits bestehender Forderungen gegenüber die ***Bank 1***, ergab sich aus folgenden Überlegungen: Zunächst besaß der Beschwerdeführer nach den getroffenen Feststellungen die Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 2***, auf die er sich bezog bzw die er so zurückerhalten wollte, nie. Die „***Bank1-Optionen***“ enthielten zudem keinen Hinweis, dass eine bereits bestehende Forderung verschriftlicht werden sollte bzw er bereits Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 2*** besessen und auf diese zugunsten einer Shortposition der ***Bank 1*** verzichtet hatte. Dort fand sich lediglich der Hinweis, dass es dem Beschwerdeführer aufgrund des enormen Interesses nicht möglich war, Aktien bei den jeweiligen Kapitalerhöhungen zu zeichnen und ihm aus diesem Grund die jeweilige Option eingeräumt wurde. Auch die Tatsache, dass die „***Bank1-Optionen***“ rechnerisch jenen Anteilen der ***Immobilien-gesellschaft 2***-Aktien entsprachen, die bereits in den Zeichnerlisten insbesondere für den Beschwerdeführer vorgesehen waren (Beschwerde 28.11.2014, Seiten 21ff), konnte daran nichts ändern, weil der Beschwerdeführer, ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** die Optionsvereinbarungen selbst erstellten und insoweit jede Zahl, die ihren Vorstellungen entsprach, einsetzen konnten.

Dass der Beschwerdeführer, ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** überein kamen, die ursprünglichen „***Bank1-Optionen***“ nicht auszuüben, ergab sich aus dem weiteren Geschehensablauf (insbesondere der „***Treuhänder 1 -Termingeschäfte***“). Dies bestätigte auch ***Vorstand 2***, der angab, dass die „***Bank1-Optionen***“ eingezogen und außer Kraft gesetzt wurden, weil sonst doppelte Ansprüche bestanden hätten (3. Beschuldigtenvernehmung 6.5.2009, Seiten 6f).

2.6. Befristete, unbedingte und rückdatierte Termingeschäfte der *Leintuchgesellschaft 3*** mit Treuhänder ***Name Treuhänder 1*** – „***Treuhänder 1 -Termingeschäfte***“**

Die Feststellung, dass ***Name Treuhänder 1*** zustimmte, als Treuhänder des Beschwerdeführers, ***Vorstand 1*** sowie ***Vorstand 2*** zu agieren, ergab sich aus den aktenkundigen Treuhandverträgen (Beschwerde 28.11.2014, Beilagen ./33-36). Die Feststellung, dass ***Name Treuhänder 1*** die Treuhandschaft für die Termingeschäfte mit der ***Leintuchgesellschaft 3*** lediglich übernahm, weil einer der Begünstigten der Beschwerdeführer war und für ihn klar war, das „*ist eindeutig eine rechtliche klare, gedeckte Sache*“, ergab sich aus seiner Aussage (zuletzt Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 73), der auch das Landesgericht für Strafsachen Wien in seinem Urteil zu ***Zahl LGS*** Glauben schenkte und ***Name Treuhänder 1*** von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen freisprach.

Die Feststellung, dass ***Name Treuhänder 1*** in seiner Funktion als Treuhänder mit der ***Leintuchgesellschaft 3***, vertreten durch deren eingetragene Geschäftsführer, die

gegenständlichen Verträge abschloss, ergab sich aus den aktenkundigen Verträgen (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./29 bis ./32).

Die Feststellung, dass es sich bei diesen vier Vereinbarungen um befristete, unbedingte und rückdatierte Termingeschäfte handelte, ergab sich aus dem Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS*** (siehe auch ***Geschäftszahl OGH***). Dort wurde der Beschwerdeführer schuldig gesprochen, mit ***Vorstand 1*** vereinbart zu haben, dass dieser ***Geschäftsführer 1*** anweisen wird, mit ***Name Treuhänder 1*** als Treuhänder für ***Vorstand 2***, den Beschwerdeführer sowie ***Vorstand 1*** diese Vereinbarungen abzuschließen. Dies tat der Beschwerdeführer in dem Wissen, dass ***Vorstand 1*** seine als de facto Geschäftsführer eingeräumte Befugnis, über das Vermögen der ***Leintuchgesellschaft 3*** zu verfügen bzw diese zu verpflichten, wissentlich missbrauchen würde (Spruchpunkt II./B./ des Urteils des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***). Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes entfaltet ein rechtskräftiges Strafurteil bindende Wirkung hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen, auf denen sich die jeweilige strafbare Handlung nach ihren gesetzlichen Tatbestandselementen zusammensetzt. Die Bindungswirkung erstreckt sich auf die vom Gericht festgestellten und durch den Spruch gedeckten Tatsachen (VwGH 18.8.2025, Ra 2024/13/0111, 24.4.2025, Ra 2024/15/0060, mwN). Der erkennende Senat war daher an die in Spruchpunkt II./B./ getroffenen Tatumstände gebunden.

Daher bestand für das Vorbringen des Beschwerdeführers, dass der vorliegende Sachverhalt in wirtschaftlicher Betrachtungsweise zu beurteilen sei und lediglich eine „Überbindung der bisherigen Vereinbarungen“ bzw deren Fortführung mit geringfügigen bzw bereits von je her gewollten Änderungen vorlag bzw „wirtschaftliche Identität der Rechte der ***Treuhänder 1 - Optionen*** und der ***Bank1-Optionen***“ bestehe (zuletzt Stellungnahme 19.12.2024), kein Raum. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise nach § 21 Abs. 1 BAO ist eine Beurteilung des abgabenrechtlich relevanten Sachverhaltes (VwGH 22.2.2000, 95/14/0033). Ausgehend von der ständigen Rechtsprechung war die Feststellung Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS***, Spruchpunkte I./D./ und II./B./, dass einerseits Optionsvereinbarungen mit der ***Bank 1*** („***Bank1-Optionen***“) und andererseits Termingeschäfte mit der ***Leintuchgesellschaft 3*** („***Treuhänder 1 -Termingeschäfte***“) vorlagen, für den erkennenden Senat bindend. Eine Feststellung, wie sie der Beschwerdeführer anstrebte, würde eine unzulässige Überprüfung des Tatgeschehens durch ein anderes Gericht bedeuten.

Lediglich der Vollständigkeit halber weist der erkennende Senat darauf hin, dass sich die „***Bank1-Optionen***“ und die „***Treuhänder 1 -Termingeschäfte***“ in drei wesentlichen Punkten unterschieden: Zunächst räumten die „***Bank1-Optionen***“ ein Recht zum Bezug der genannten Aktien ein, während die „***Treuhänder 1 -Termingeschäfte***“ auf alleinige Initiative von ***Name Treuhänder 1*** eine Abnahmeverpflichtung enthielten. Die „***Treuhänder 1 -Termingeschäfte***“ enthielten

zudem einen 3%-igen Refinanzierungszinssatz, der zu einer geringeren Werthaltigkeit führte. Wären die „***Bank1-Optionen***“ zu denselben Zeitpunkten wie die „***Treuhänder 1 - Termingeschäfte***“ ausbezahlt worden, wären EUR 475.067,00 mehr auszusahlen gewesen. Abschließend lag ein wesentlicher Unterschied darin, dass diese Verträge mit unterschiedlichen Vertragspartnern abgeschlossen wurden. Die „***Bank1-Optionen***“ wurden mit der ***Bank 1*** abgeschlossen, die „***Treuhänder 1 - Termingeschäfte***“ mit der ***Leintuchgesellschaft 3***. Unterlagen, die eine Überbindung der „***Bank1-Optionen***“ von der ***Bank 1*** auf die ***Leintuchgesellschaft 3*** belegen, wurden nicht vorgelegt. Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass ***Vorstand 1*** hierzu eingestand, dass die „***Name Treuhänder 1***-Vereinbarungen“ nicht dieselben Vereinbarungen waren wie die „***Bank1-Optionen***“ (Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***, Seite 216).

Die Feststellung, dass diese Termingeschäfte bereits am 13. Februar 2006 in der festgestellten Höhe gewinnhaltig waren, ergab sich aus dem Gutachten von ***Name Gutachter 2*** (Seiten 132f; Beschwerde vom 28.11.2014, Beilage ./37) und wurde zudem für das Abgabenverfahren zwingend durch das Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS***, Spruchpunkte I./D./ und II./B./, festgestellt.

Die Feststellung, dass die ***Leintuchgesellschaft 3*** nicht über ausreichend Aktien verfügte und sich ab Oktober 2006 bei der ***Leintuchgesellschaft 2*** und der ***Leintuchgesellschaft 4*** zu Preisen, die jeweils unter dem Börsentageskurs lagen, eindeckte, ergab sich aus dem Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS***, Spruchpunkt I./E./ (siehe auch Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./37 sowie das aktenkundige Gutachten von ***Name Gutachter 2***, Seiten 132f). Die Feststellung zu der Finanzierung ergab sich aus dem Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS*** (siehe auch ***Geschäftszahl OGH***), in dem der Beschwerdeführer schuldig gesprochen wurde, als Beitragstäter und in Kenntnis, dass die ***Leintuchgesellschaft 3*** weder mit ausreichend Aktien der ***Immobilien-gesellschaft 2*** und ***Immobilien-gesellschaft 1*** eingedeckt war noch über ausreichendes Kapital verfügte, um diese zu kaufen, bei der ***Immobilien-gesellschaft 2*** eine Finanzierung aufnahm bzw der ***Leintuchgesellschaft 3*** überwiesen wurde, obwohl ihm bekannt war, dass die ***Leintuchgesellschaft 3*** dieses Darlehen nicht im gesamten Umfang zurückzahlen können wird (Spruchpunkt II./C./ des Urteils des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***). Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes entfaltet ein rechtskräftiges Strafurteil bindende Wirkung hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen, auf denen sich die jeweilige strafbare Handlung nach ihren gesetzlichen Tatbestandselementen zusammensetzt. Die Bindungswirkung erstreckt sich auf die vom Gericht festgestellten und durch den Spruch gedeckten Tatsachen (VwGH 18.8.2025, Ra 2024/13/0111, 24.4.2025, Ra 2024/15/0060, mwN). Der erkennende Senat war daher an die in Spruchpunkt II./B./ festgestellten Tatumstände gebunden.

Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer, ***Vorstand 1*** und ***Vorstand 2*** ***Name Treuhänder 1*** aufforderten, die Termingeschäfte glattzustellen, beruhen auf den aktenkundigen Aufforderungsschreiben.

Die Feststellungen zu dem Verkauf und dem daraus erzielten Erlös sowie dem Betrag, der von der ***Leintuchgesellschaft 3*** an ***Name Treuhänder 1*** überwiesen wurde, ergaben sich aus dem aktenkundigen Gutachten von ***Name Gutachter 2*** (Seiten 132f).

Dass dem Beschwerdeführer im Jahr 2006 EUR 4.181.000,00 und im Jahr 2007 EUR 1.532.352,00 zufließen, ergab sich insbesondere aus dem vom Beschwerdeführer erstatteten Vorbringen (Beschwerde 28.11.2014, Seiten 25f), dem Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu ***Zahl LGS*** (Seite 68), und war darüber hinaus zwischen den Parteien unstrittig.

2.7. Schadensgutmachung 2008

Die Feststellungen betreffend die Überweisung bzw deren Höhe auf die Konten der genannten Gesellschaften sowie die Höhe des auf den Beschwerdeführer entfallenden Anteils ergaben sich aus den vorgelegten Schreiben der Kanzlei ***Name Rechtsanwalt*** sowie dem aktenkundigen Kontoauszug des Treuhandkontos (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./41 bis ./43).

3. „*Panama*** Fee“**

Die Feststellung, dass sich der Beschwerdeführer dazu verpflichtete, ein Ertragsobjekt für einen ausländischen Investor zu finden, ergab sich aus seinem eigenen Vorbringen (Stellungnahme 17.9.2012, Stellungnahme 29.11.2013; Beschwerde 28.11.2014, Seiten 76ff).

Die Feststellungen zu der Höhe der Eingänge, dem panamaischen Auftraggeber sowie den Verwendungszwecken ergaben sich aus den aktenkundigen Kontoauszügen. Die Feststellung, dass es sich hierbei um eine Vorabhonorierung handelte, ergab sich aus dem eigenen Vorbringen des Beschwerdeführers (Beschwerde 28.11.2014, Seite 77). Der erkennende Senat schenkte dieser Aussage glauben, weil die Verwendung der eingelangten sechsstelligen Beträge durch den Beschwerdeführer selbst dafür sprach, dass er über diese Beträge frei verfügen konnte (siehe aktenkundige Kontoauszüge der Konten des Beschwerdeführers bei der ***Bank 1*** [***Kontonummer 2 bei Bank 1***] sowie bei der ***Bank 3*** [***Kontonummer 1 bei Bank 3***]).

Dass es sich hierbei um Treuhandgeld, welches für den (treuhändig) Erwerb einer Immobilie bestimmt war (Stellungnahme 20.2.2026, Beilage ./4; Stellungnahme 17.9.2012), handelte, konnte nicht festgestellt werden, weil es der Lebenserfahrung widerspricht, dass Treuhandgeld

innerhalb weniger Tage für mehrere Monate gebunden wird, Wertpapiere und Beteiligungen im eigenen Namen erworben oder diese Beträge zur Deckung von Aufwendungen des täglichen Bedarfs verwendet bzw hohe Beträge in bar bzw über Scheck behoben werden.

Die Feststellungen hinsichtlich des Betrages und des maltesischen Empfängers der Überweisungen im Jahr 2009 ergaben sich aus den vom Beschwerdeführer vorgelegten Belegen (Beschwerde 28.11.2014, Beilage ./54). Dass die Überweisungen von seinem Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 4 bei Bank 3***) erfolgten, ergab sich aus dem auf den Überweisungsbelegen angeführten IBAN ***IBAN zu Konto 4 bei Bank 3***.

4. Tätigkeit als Hausverwalter der *Adresse 1*****

[...]

Dass dem Beschwerdeführer die Verwaltung der Liegenschaft oblag, ergab sich aus seinem Vorbringen (Beschwerde 28.11.2014, Seite 83), welches mit der aktenkundigen Vereinbarung zwischen dem Beschwerdeführer, seiner Ehefrau und seinen Söhnen sowie mit den Angaben von ***Zeuge 5*** (Protokoll Zeugeneinvernahme 3.2.2011, Seite 4) übereinstimmte. Unstrittig war, dass der Beschwerdeführer Verbindlichkeiten der Miteigentumsgemeinschaft vorab beglich. Vom Beschwerdeführer wurde zuletzt auch nicht mehr bestritten, dass er alle Beträge refundiert erhielt (siehe auch Beschwerdeverentscheidung 20.11.2018, Seite 96 und Anlage ./14; BP-Bericht Anlage 4, Seite 57).

Die Feststellungen zu den Konten der Hausverwaltung beruhten auf den aktenkundigen Erlagscheinen, die von ***Zeuge 5*** vorgelegt wurden. Aus diesen ergab sich, dass ein Teil der Mieten von Dritten (Miete ***Mieter 1***, Miete ***Mieter 2***, Miete ***Mieter 3***, Miete ***Mieter 4***, Miete ***Mieter 5***, Miete ***Mieter 6***), die Zahlungen seiner Mutter, seiner Schwägerin und ihm über ein Konto bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 2 bei Bank 3***) abgewickelt sowie beauftragte Unternehmen von diesem Konto bezahlt wurden. Der Umstand, dass insbesondere die monatlichen Betriebskosten des Beschwerdeführers in Höhe von EUR 313,68 nicht auf diesen Zahlungsbelegen aufschienen, zeigte, dass zumindest ein weiteres Konto bestand.

Die Feststellungen zu der Überweisung der Verwalterhonorare ergab sich aus den aktenkundigen Kontoauszügen des Kontos des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) sowie den Erlagscheinen des Kontos der Hausverwaltung bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 2 bei Bank 3***)).

5. Vermietungstätigkeiten

5.1. *Adresse 1*****

Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer die Wohnungen Top I/1 (inklusive Top II/6), Top I/3 und Top II/9 selbst – teilweise durch Zwischenschaltung seiner Söhne – nutzte und hierfür monatlich Beträge an die Miteigentumsgemeinschaft leistete, ergab sich aus den aktenkundigen Zinslisten der ***Immobilienverwaltung 1***.

Die Feststellungen, dass der Beschwerdeführer an ***Zeuge 6*** und ***Zeuge 7*** vermietete, ergaben sich aus deren glaubwürdigen Auskünften (e-mail von ***Zeuge 6*** vom 26.5.2011, e-mail von ***Zeuge 7*** vom 3.6.2011), den von ***Zeuge 6*** vorgelegten Belegen (Mietvertrag, Überweisungsbelege, Korrespondenz mit dem Beschwerdeführer) sowie den Eingängen auf dem Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***). Auch die Angaben von ***Zeuge 6*** und ***Zeuge 7*** hinsichtlich der Beendigung waren glaubwürdig, weil sie sich mit dem Ausbleiben von Eingängen auf dem Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) deckten.

Die Feststellung, dass ***Zeuge 6*** und ***Zeuge 7*** die Mietzinszahlungen monatlich im Voraus an den Beschwerdeführer überwiesen, ergab sich aus den aktenkundigen Kontoauszügen des Kontos des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) sowie dem von ***Zeuge 6*** vorgelegten Mietvertrag. Die Feststellung, dass der Beschwerdeführer die Mieteinnahmen nicht an die Miteigentumsgemeinschaft weiterleitete, ergab sich zunächst aus den Zinslisten der ***Immobilienverwaltung 1***, in denen lediglich die Eingänge des Beschwerdeführers verzeichnet wurden. Des Weiteren waren auf dem Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) keine Abflüsse in Höhe der Mieten ersichtlich.

Die Höhe der Mieteinnahmen ergab sich aus den Gutschriften auf dem Konto des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***). Diese konnten in der mündlichen Verhandlung am 8. April 2026 außer Streit gestellt werden.

Die festgestellten Werbungskosten ergaben sich im Wesentlichen aus den Zinslisten der ***Immobilienverwaltung 1*** sowie den Kontoauszügen des Kontos des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***). In der mündlichen Verhandlung am 8. April 2026 konnten diese außer Streit gestellt werden.

Die Feststellungen, dass der Beschwerdeführer seine Vermietungstätigkeit nach Auszug von ***Zeuge 6*** (ab Juli 2006 bzw Februar 2007) und ***Zeuge 7*** (ab August 2007) einstellte und die Wohnungen nach Renovierung einem seiner Söhne überließ, beruhten auf dem Vorbringen des Beschwerdeführers (Stellungnahme 15.10.2013, Seite 7). Diesem konnte Glauben geschenkt werden, weil es sich mit den Zinslisten der ***Immobilienverwaltung 1*** deckte.

5.2. *Adresse 2*****

Die Eigentumsverhältnisse ergaben sich aus dem aktenkundigen Kaufvertrag der Wohnung, einer Einsicht in das Grundbuch und war zwischen den Parteien unstrittig.

Dass der Beschwerdeführer die Wohnung im eigenen Namen vermietete, räumte der Beschwerdeführer im Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 ein. Die Höhe der Miete leitete sich aus den monatlichen Zuflüssen in Höhe von EUR 450,57 bzw EUR 500,00 (ab Oktober 2005) mit dem Buchungstext „Miete“ ab, welche aus den aktenkundigen Kontoauszügen des Kontos des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) ersichtlich waren.

Die Feststellungen zu den Werbungskosten ergaben sich aus den monatlichen Abbuchungen der ***Immobilienverwaltung 2***, welche sich aus den aktenkundigen Kontoauszügen des Kontos des Beschwerdeführers bei der ***Bank 3*** (***Kontonummer 1 bei Bank 3***) ergaben.

6. Dividenden

Die Feststellung, dass dem Beschwerdeführer Bardividenden in der festgestellten Höhe zufließen, beruhte auf den aktenkundigen Kontoauszügen des Kontos des Beschwerdeführers bei der ***Bank 2*** (***Kontonummer 1 bei Bank 2***). Es fanden die Umrechnungskurse Anwendung, die der Beschwerdeführer in seiner Eingabe vom 20. Februar 2026 anwendete: 1 CHF = EUR 0,65788 (2003); 1 CHF = EUR 0,64785 (2004); 1 CHF = EUR 0,64575 (2005); 1 CHF = EUR 0,63564 (2006); 1 CHF = EUR 0,60886 (2007); 1 CHF = EUR 0,63074 (2008).

Rechtliche Beurteilung

I. Zu Spruchpunkt I. (Abänderung)

1. Verjährung

Gemäß § 207 Abs. 1 BAO unterliegt das Recht eine Abgabe festzusetzen nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen der Verjährung.

Die Verjährung beginnt in den Fällen des § 207 Abs. 2 mit dem Ablauf des Jahres, in dem der Abgabeananspruch entstanden ist (§ 208 Abs. 1 lit a BAO). § 207 Abs. 2 BAO in der Fassung des BGBl. I Nr. 105/2010 ist erstmals auf Abgaben anzuwenden, für die der Abgabeananspruch nach dem 31. Dezember 2002 entstanden ist (§ 323 Abs. 27 BAO).

Nach § 4 Abs. 2 lit a Z 2 BAO entsteht der Abgabeananspruch bei der Einkommensteuer für die zu veranlagende Abgabe mit Ablauf des Kalenderjahres, für das die Veranlagung vorgenommen wird.

1.1. 2003

Soweit eine Abgabe hinterzogen ist, beträgt die Verjährungsfrist zehn Jahre (§ 207 Abs. 2 BAO).

Eine Abgabenhinterziehung begeht, wer vorsätzlich unter Verletzung einer abgabenrechtlichen Anzeige-, Offenlegungs- oder Wahrheitspflicht eine Abgabenverkürzung bewirkt. Vorsätzlich handelt, wer einen Sachverhalt verwirklichen will, der einem gesetzlichen Tatbild entspricht; dazu genügt es, dass der Täter diese Verwirklichung ernstlich für möglich hält und sich mit ihr abfindet. Vorsätzliches Handeln beruht zwar auf einem nach außen nicht erkennbaren Willensvorgang, ist aber aus dem nach außen in Erscheinung tretenden Verhalten des Täters zu erschließen, wobei sich die diesbezüglichen Schlussfolgerungen als Ausfluss der freien Beweiswürdigung erweisen (VwGH 22.1.2025, Ra 2023/13/0034, mwN).

Alle festgestellten Zuflüsse im Jahr 2003 sind durch aktenkundige Kontoauszüge bzw die Unterlagen der ***Versicherung 1*** belegt. Dass diese steuerpflichtige Zuflüsse darstellen, die der Beschwerdeführer zu Unrecht nicht erklärt hatte und diese zu versteuern seien, räumte er im Erörterungstermin am 12. Dezember 2025 bzw in der mündlichen Verhandlung am 8. April 2026 ein. Dies waren sowohl die nicht erklärten Zuflüsse aus der Tätigkeit als Vorstand (EUR 191.355,00 „***Steuerberater-Gutschriften***“), als Hausverwalter der ***Adresse 1*** (EUR 2.115,04), aus der Vermietung von Wohnungen (EUR 17.092,51), die Zahlungen in Höhe von EUR 859.000,00, die der Beschwerdeführer in diesem Jahr von der ***Stiftung 4*** und der ***Stiftung 1*** erhielt, sowie die Zuflüsse, die auf seinem Konto bei der ***Bank 2*** (***Kontonummer 1 bei Bank 2***) eingingen (EUR 59.867,08 und EUR 70,23).

In Anbetracht dessen kam der erkennende Senat in Anwendung des Grundsatzes der freien Beweiswürdigung (VwGH 11.2.2025, Ra 2023/15/0103, mwN) zu der Feststellung, dass sowohl die objektive als auch die subjektive Tatseite der Abgabenhinterziehung im Jahr 2003 zweifellos erfüllt waren.

Der Einkommensteueranspruch für das Jahr 2003 entstand mit Ablauf des Jahres 2003. Da hinterzogene Abgaben vorlagen, lief die Verjährungsfrist des § 207 Abs. 2 BAO bis Ablauf des Jahres 2013. Der Einkommensteuerbescheid vom 19. Dezember 2013, zugestellt am 19. Dezember 2013, wurde rechtzeitig erlassen.

1.2. 2004 bis 2008

Die Verjährungsfrist beträgt bei „allen übrigen Abgaben“ fünf Jahre (§ 207 Abs. 2 BAO).

Werden innerhalb der Verjährungsfrist (§ 207) nach außen erkennbare Amtshandlungen zur Geltendmachung des Abgabenanspruches oder zur Feststellung des Abgabepflichtigen (§ 77) von der Abgabenbehörde unternommen, so verlängert sich die Verjährungsfrist um ein Jahr. Die Verjährungsfrist verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn solche Amtshandlungen in einem Jahr unternommen werden, bis zu dessen Ablauf die Verjährungsfrist verlängert ist.

Verfolgungshandlungen (§ 14 Abs. 3 FinStrG, § 32 Abs. 2 VStG) gelten als solche Amtshandlungen (§ 209 Abs. 1 BAO).

- **2004 bis 2007**

Die Einkommensteueransprüche für die Jahre 2004 bis 2007 entstanden jeweils mit Ablauf der Kalenderjahre 2004 bis 2007. Aus dem Akt ergab sich, dass für diese Jahre jeweils Einkommensteuerbescheide ergingen und mit Beginn der Außenprüfung im Jahr 2009 jedes Jahr eine Vielzahl an nach außen erkennbaren Amtshandlungen gesetzt wurden, die der Geltendmachung insbesondere der Abgabenansprüche Einkommensteuer 2004 bis 2007 dienten. Dies waren insbesondere die Unterzeichnung der Prüfungsaufträge (14.9.2009, 3.12.2010, 19.12.2012), Versand von Vorhalten zur Ermittlung des entscheidungswesentlichen Sachverhaltes und zur Wahrung des Parteienghört (17.6.2009, 10.12.2009, 3.12.2010, 23.7.2012, 2.9.2013, 8.11.2013), Abhaltung von (Schluss-)Besprechungen (6.8.2012, 16.12.2013), Einvernahme von Auskunftspersonen (18.1.2011, 13.5.2011, 20.5.2011, 25.9.2013, 1.10.2013, 3.10.2013), Organisation der Einvernahme des Beschwerdeführers (21.2.2011), Ansuchen an die Staatsanwaltschaft betreffend Akteneinsicht (21.9.2010, 21.1.2010, 30.4.2010, 22.6.2010, 21.12.2011) sowie an das Landesgericht für Strafsachen Wien (22.4.2013) und Abfragen des Grundbuches (25.9.2009, 15.10.2013) bzw des Firmenbuches (24.6.2010).

Die Frist des § 207 Abs. 2 BAO für die Jahre 2004 bis 2007 verlängerte sich dadurch jeweils bis zum Ablauf des Jahres 2014. Die Einkommensteuerbescheide vom 22. August 2014, zugestellt am 26. August 2014, wurden rechtzeitig erlassen.

- **2008**

Der Einkommensteueranspruch für das Jahr 2008 entstand mit Ablauf des Jahres 2008. Die Frist des § 207 Abs. 2 BAO lief somit bis zum Ablauf des Jahres 2014. Der Einkommensteuerbescheid vom 22. August 2014, zugestellt am 26. August 2014, wurde rechtzeitig erlassen.

2. Tätigkeiten des Beschwerdeführers für Familie *Familiennamen 1*****

Im Februar 2026 brachte der Beschwerdeführer erstmals vor, dass er seine Tätigkeit insgesamt dem „Konzern“ widmete bzw es sich um eine einheitliche Tätigkeit handelte. Der „Konzern ***Konzern***“ setzte sich für die Familie ***Familiennamen 1*** aus den Beteiligungen und dem Privatvermögen zusammen, weswegen die erhaltenen Vergütungen sein Tätigwerden für die Familie ***Familiennamen 1*** insgesamt abgegolten hätten (Stellungnahme 20.2.2026, Seite 1).

Nach Ansicht des erkennenden Senates bestand zwischen den beiden Tätigkeiten des Beschwerdeführers zwar insoweit ein Konnex als er ohne seine Erfolge bzw Ergebnisse in dem

Industriezweig des „***Name des Konzerns***“ in den Jahren 1970 bis 1972 nicht in das Privatvermögen eingeweiht worden wäre (ab 1972) und sich aufgrund seiner Erfolge bzw. Ergebnisse in diesem Bereich zu einem engen Vertrauten von ***Vorname Familienname 1*** entwickelt hätte, was in der Folge wiederum dazu führte, dass ihm leitende Positionen übertragen wurden (ab 1987).

Dass es sich jedoch um zwei Tätigkeiten handelte, die unterschiedliche Anforderungen an den Beschwerdeführer stellten bzw. unterschiedliche Aufgaben mit sich brachten, zeigten nach Ansicht des erkennenden Senates bereits die eigenen Ausführungen des Beschwerdeführers (Stellungnahme 20.2.2026, Anlage 1). Aus diesem Grund war nach Ansicht des erkennenden Senates auch die erfolgsabhängige Entlohnung, die dem Beschwerdeführer teilweise für beide Tätigkeiten gemeinsam ausbezahlt wurde, aufzuteilen.

2.1. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit als Vorstand der *Gesellschaft 1*****

Nach § 25 Abs. 1 Z 1 lit a Einkommensteuergesetz 1988 (EStG 1988) sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Arbeitslohn) Bezüge und Vorteile aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis.

Bezüge und Vorteile sind alle zugeflossenen vermögenswerten Vorteile (Geld oder geldwerte Vorteile), die in einem Veranlassungszusammenhang mit der nichtselbständigen Arbeit stehen (VwGH 19.10.2022, Ra 2021/15/0011; 18.10.2018, Ra 2016/15/0070; 25.7.2018, Ro 2018/13/0005). Zur Herstellung des Veranlassungszusammenhanges mit nichtselbständigen Einkünften genügt es, wenn die Einnahmen ihre Wurzel im Dienstverhältnis haben. Das ist dann der Fall, wenn der Vorteil nur deshalb gewährt wird, weil der Zurechnungsempfänger Arbeitnehmer dieses Arbeitgebers ist, der Vorteil also mit Rücksicht auf das Dienstverhältnis eingeräumt wird, und wenn sich die Leistung des Arbeitgebers im weitesten Sinn als Gegenleistung für die Zurverfügungstellung der individuellen Arbeitskraft des Arbeitnehmers erweist. Die äußere Form ist irrelevant (VwGH 26.9.2024, Ra 2023/15/0113).

Nach den getroffenen Feststellungen erhielt der Beschwerdeführer aufgrund seiner Anstellung bei der ***Gesellschaft 1*** Beträge in der festgestellten Höhe. Daran ändert nichts, dass es sich hier teilweise um fixe Gehälter und teilweise um (erfolgsabhängige) Tantieme/Boni handelte. Ebenso wenig änderte daran etwas, dass diese nicht nur vom Arbeitgeber sondern auch von Dritten sowie von ***Zeuge 1*** zuzurechnenden Stiftungen und Gesellschaften angewiesen wurden. All dies erfolgte nur, weil der Beschwerdeführer seine Arbeitskraft der ***Gesellschaft 1*** zur Verfügung stellte und daher die Wurzel dieser Zahlungen jedenfalls im Dienstverhältnis lagen. Daher stellen die festgestellten Zuflüsse Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit dar.

2.2. „Sekretär“ von *Zeuge 1*****

Ein Gewerbebetrieb setzt nach § 23 Z. 1 EStG 1988 voraus, dass Einkünfte aus einer selbständigen, nachhaltigen Betätigung erzielt worden sind, die mit Gewinnabsicht unternommen worden ist und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr dargestellt hat.

Die Tätigkeit des Beschwerdeführers erfüllte nach Ansicht des erkennenden Senates diese Voraussetzungen: Er beteiligte sich selbständig und nachhaltig mit Gewinnabsicht am wirtschaftlichen Verkehr. Für den erkennenden Senat bestand kein Zweifel daran, dass der Erfolg seiner Tätigkeit weitestgehend von seiner Tüchtigkeit, seinem Fleiß und seiner Geschicklichkeit abhing. Hätte er die ihm übertragenen Aufgaben nicht zur Zufriedenheit von ***Zeuge 1*** erfüllt, hätte sie ihn nicht weiter als ihren „Sekretär“ beschäftigt. Dies zeigten auch insbesondere die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Beschwerdeführer, die dazu führten, dass er im Juni 2009 von allen ihm übertragenen Positionen enthoben wurde. Aufgrund der rund achtjährigen Tätigkeit als „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** wurde diese jedenfalls auch nachhaltig ausgeübt. Der Beschwerdeführer bestritt zudem die von der Außenprüfung vorgenommene Qualifizierung als Einkünfte aus Gewerbebetrieb nicht.

2.2.1. 2003

Im Jahr 2003 flossen dem Beschwerdeführer nach den getroffenen Feststellungen als erfolgsabhängige Entlohnung in Summe EUR 859.000,00 zu. Da nach den Feststellungen ein Betrag von EUR 110.000,00 auf seine Tätigkeit als Vorstand entfiel („Tantieme“), war der übrige Betrag in Höhe von EUR 749.000,00 den Einkünften aus Gewerbebetrieb „Sekretär“ von ***Zeuge 1*** („Belohnung“) zuzuordnen.

2.2.2. Schätzung

Gemäß § 184 Abs. 1 BAO hat die Abgabenbehörde, soweit sie die Grundlagen für die Abgabenerhebung nicht ermitteln oder berechnen kann, diese zu schätzen. Dabei sind alle Umstände zu berücksichtigen, die für die Schätzung von Bedeutung sind. Gemäß Abs. 2 ist insbesondere dann zu schätzen, wenn der Abgabepflichtige über seine Angaben keine ausreichenden Aufklärungen zu geben vermag oder weitere Auskunft über Umstände verweigert, die für die Ermittlung der Grundlagen wesentlich sind. Gemäß Abs. 3 besteht bereits bei Unterlassen der Vorlage von nach den Abgabenvorschriften zu führenden Büchern oder Aufzeichnungen die Schätzungsberechtigung.

Im Besteuerungsverfahren besteht die Schätzung darin, Besteuerungsgrundlagen, bei denen trotz Bemühens um Aufklärung eine sichere Feststellung ihrer Höhe nach nicht möglich ist, mit Hilfe von Wahrscheinlichkeitsüberlegungen zu ermitteln und festzulegen (VwGH 20.11.2014, 2013/16/0085).

Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes unterliegen auch Schätzungsergebnisse der Begründungspflicht. Die Begründung hat die für die Schätzungsbefugnis sprechenden Umstände, die Schätzungsmethode, die der Schätzung zugrunde gelegten Sachverhaltsannahmen und die Ableitung der Schätzungsergebnisse darzulegen. Die Begründung muss in einer Weise erfolgen, dass der Denkprozess, der in der behördlichen Erledigung seinen Niederschlag findet, sowohl für den Abgabepflichtigen als auch im Fall der Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes für diesen nachvollziehbar ist. Dabei ist auf alle vom Abgabepflichtigen substantiiert vorgetragenen, für die Schätzung relevanten Behauptungen einzugehen (VwGH 13.9.2017, Ra 2015/13/0019).

Die vorgenommene Schätzung muss im Übrigen auch nicht mit absoluter Gewissheit den tatsächlich erzielten Einnahmen entsprechen. Es genügt nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs, wenn nach den Denkgesetzen und der Lebenserfahrung angenommen werden kann, dass, wie im vorliegenden Fall, die geschätzten Einnahmen bzw Umsätze gegenüber den Behauptungen des Beschwerdeführers den größeren Grad der Wahrscheinlichkeit für sich haben (in diesem Sinne etwa VwGH 8. 9. 1992, 89/14/0014).

Vor dem Hintergrund des in freier Beweiswürdigung festgestellten Sachverhaltes konnte der erkennende Senat davon ausgehen, dass der Beschwerdeführer in den Jahren 2004 bis 2008 Einkünfte aus dieser Tätigkeit in der festgestellten Höhe erhielt und diese nicht offengelegte.

2.3. Angestellter der *Gesellschaft 2*****

2.3.1. 2003 bis 2006

Nach Art. 15 Abs. 1 Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen idF BGBl III 204/2001 (DBA Schweiz-Österreich) sind Gehälter, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat zu besteuern, es sei denn, dass die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. In diesem Fall dürfen die bezogenen Vergütungen in dem Staat besteuert werden, wo die Arbeit ausgeübt wird.

Nach Art. 23 Abs. 1 DBA Schweiz-Österreich nimmt, wenn eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte bezieht und diese Einkünfte nach diesem Abkommen in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen, der erstgenannte Staat, vorbehaltlich der nachfolgenden Absätze, diese Einkünfte von der Besteuerung aus; dieser Staat darf aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

Der Beschwerdeführer war in Österreich ansässig, er war in der Schweiz bei der ***Gesellschaft 2*** angestellt und übte seine Tätigkeit für die ***Gesellschaft 2*** in der Schweiz aus. Aus diesem Grund kam der Schweiz an dem von dem Beschwerdeführer bezogenen Gehalt das Besteuerungsrecht zu. Nach Art. 23 Abs. 1 DBA Schweiz-Österreich war dieses Jahreseinkommen jedoch bei der Berechnung der österreichischen Einkommensteuer entsprechend zu berücksichtigen.

2.3.2. Zeitraum 2007 bis 2008

Nach Art. 15 Abs. 1 DBA Schweiz-Österreich sind Gehälter, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat zu besteuern, es sei denn, dass die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. In diesem Fall dürfen die bezogenen Vergütungen in dem Staat besteuert werden, wo die Arbeit ausgeübt wird.

Nach Art. 23 Abs. 1 DBA Schweiz-Österreich nimmt, wenn eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Einkünfte bezieht und diese Einkünfte nach diesem Abkommen in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen, der erstgenannte Staat, vorbehaltlich der nachfolgenden Absätze, diese Einkünfte von der Besteuerung aus; dieser Staat darf aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

Nach Art. 23 Abs. 2 des Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen idF BGBl III 22/2007 darf Österreich ungeachtet des Absatzes 1 Einkünfte im Sinne des Artikels 15 Absatz 1 besteuern. Bezieht eine in Österreich ansässige Person unter Artikel 15 fallende Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Schweiz und in Österreich besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in der Schweiz gezahlten Steuer entspricht; der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Schweiz bezogenen Einkünfte entfällt.

Der Beschwerdeführer war in Österreich ansässig, er war bei der ***Gesellschaft 2*** angestellt und übte seine Tätigkeit für die ***Gesellschaft 2*** in der Schweiz aus. Aus diesem Grund kam der Schweiz an dem von dem Beschwerdeführer bezogenen Gehalt das Besteuerungsrecht zu. Nach Art. 23 Abs. 2 DBA Schweiz-Österreich waren ungeachtet Art. 23 Abs. 1 DBA Schweiz-Österreich diese Einkünfte in Österreich zu besteuern, wobei die in der Schweiz gezahlte Steuer anzurechnen war.

3. Strafrechtliche Verurteilung des Beschwerdeführers zu *Zahl LGS*****

3.1. Zuflüsse nach § 22 Z 2 1. Teilstrich EStG 1988

Nach § 22 Z 2 1. Teilstrich EStG 1988 sind Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit insbesondere Einkünfte aus einer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied. Einkünfte aus selbständiger Arbeit iSd Z 2 sind nach der ständigen Rechtsprechung alle Wertzugänge in Geld oder geldwerten Vorteile aus dieser Tätigkeit. Hierzu zählen nicht nur die vertraglich vereinbarten Entgelte für die eigentliche Aufsichtsrats Tätigkeit, sondern auch alle unrechtmäßig erworbenen Vorteile, sofern es eine unter Z 2 fallende Tätigkeit war, die den Bezug solcher Vorteile ermöglichte (VwGH 30.1.2001, 95/14/0043; 31.7.2013, 2009/13/0194, mwN).

Der Beschwerdeführer war stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1*** sowie Aufsichtsratsvorsitzender der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und der ***Immobilien-gesellschaft 2***. Unstrittig war, dass er damit fremdes Vermögen verwaltete und somit Einkünfte nach § 22 Z 2 1. Teilstrich EStG 1988 erzielte.

Nach Ansicht des erkennenden Senates lukrierte der Beschwerdeführer gerade und ausschließlich aufgrund seiner Positionen als (stellvertretender) Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1*** und auch der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und der ***Immobilien-gesellschaft 2*** die beschwerdegegenständlichen Beträge.

Vorstand 1 benötigte trotz seiner zentralen Stellung als Vorstand der ***Bank 1*** und (über die Managementverträge) der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und der ***Immobilien-gesellschaft 2*** sowie als eingetragener bzw de facto Geschäftsführer der „Leintuchgesellschaften“ der ***Bank 1***, zur Ausführung seines Tatplanes (spiritus rector, Urteil Landesgericht für Strafsachen Wien ***Zahl LGS***, Seite 216) Unterstützung. Diese fand er insbesondere in dem Beschwerdeführer, der als (stellvertretender) Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1***, der ***Immobilien-gesellschaft 1*** und der ***Immobilien-gesellschaft 2*** ebenfalls eine zentrale Position einnahm. Die Teilnahme des Beschwerdeführers war eine Absicherung bzw erweckte nach außen den Eindruck, dass eine Genehmigung des Aufsichtsrates vorlag (zB ***Geschäftsführer 1***, Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 16). Mit dem Hinweis auf die Teilnahme des (stellvertretenden) Aufsichtsratsvorsitzenden konnte der Eindruck vermittelt werden, dass es sich bei allen Vereinbarungen um vollkommen „normale“, vom Aufsichtsrat bewilligte Geschäfte handelte (zB ***Name Treuhänder 1*** Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 73).

Die Entscheidung von ***Vorstand 1*** den Beschwerdeführer für seine Zwecke zu gewinnen, lag wohl insbesondere daran, dass der Beschwerdeführer ***Vorstand 1*** zu 100% vertraute und die Rechtmäßigkeit nicht hinterfragte (Urteil des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***, Seiten 242f, Protokoll Zeugeneinvernahme ***Zeuge 2*** 3.10.2013, Seite 6).

Der Beschwerdeführer räumte selbst ein, dass es sich bei den Zuflüssen in Höhe von EUR 250.000,00 (Scheinrechnung, „***Faktum Leintuchgesellschaft 1***“) im Jahr 2004 um Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit nach § 22 Z 2 1. Teilstrich EStG 1988 handelte (NS Erörterungstermin 12.12.2025, Seite 2; Stellungnahme 4.11.2009).

Hinsichtlich der Zuflüsse im Zusammenhang mit der Glattstellung der „***Treuhänder 1 - Termingeschäfte***“ in Höhe von insgesamt EUR 5.713.352,00 wurde dies vom Beschwerdeführer bestritten. ***Name Treuhänder 1*** übernahm nach den Feststellungen die Treuhandschaft für die „***Treuhänder 1 - Termingeschäfte***“ mit der ***Leintuchgesellschaft 3*** lediglich, weil einer der Begünstigten der Beschwerdeführer war (Protokoll ***Zahl LGS***, 4. Tag, ***Datum 4. Tag***, Seite 73). Insoweit stand die Tätigkeit als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1*** nicht nur im Zusammenhang, sie war unerlässliche Bedingung für diese Zuflüsse.

Das Vorbringen des Beschwerdeführers, dass der festgestellte Vermögenszufluss nicht steuerbar sei, weil Veräußerungen von im Privatvermögen gehaltenen Aktien an der ***Immobilien-gesellschaft 2*** und ***Immobilien-gesellschaft 1*** vorliegen würden, konnte nicht gefolgt werden, weil diese Behauptung im Widerspruch zu dem festgestellten Sachverhalt stand. Selbst wenn ist jedoch festzuhalten, dass es sich bei privaten Spekulationsgewinnen um eine Nebeneinkunftsart handelt. Da jedenfalls auch ein Zusammenhang mit der betrieblichen Tätigkeit als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der ***Bank 1*** bestand, waren die Zuflüsse jedenfalls vorrangig der Einkunftsart nach § 22 Z 2 1. Teilstrich EStG 1988 (2004 [EUR 250.000,00], 2006 [EUR 4.181.000,00] und 2007 [EUR 1.532.352,00]) zuzurechnen (vgl VwGH 24.3.2004, 98/14/0179).

3.2. Betriebsausgaben

3.2.1. Verfallen lassen der „*Bank1-Optionen***“ im Jahr 2006**

Nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes erfolgt der Zufluss des Vorteils aus Optionen mit der Ausübung der Option durch den Steuerpflichtigen. Eine Einräumung einer Option stellt bis zur Ausübung lediglich eine steuerlich unbeachtliche Chance dar (VwGH 15.12.2009, 2006/13/016; 19.10.2022, Ra 2012/15/0011; 26.9.2024, Ra 2023/15/0113).

Dem Vorbringen des Beschwerdeführers, dass das Verfallen lassen der „***Bank1-Optionen***“ im Jahr 2006 zu Betriebsausgaben in Höhe EUR 3.226.500,00 geführt hätte, kann im Hinblick auf die zuvor zitierte Rechtsprechung nicht gefolgt werden. Würde man dies tun, würde man sich gegen die nunmehr gefestigte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes stellen, wonach ein Zufluss aus Optionen erst im Zeitpunkt der Ausübung der Option erfolgt und davor nur eine steuerlich unbeachtliche Chance vorliegt.

3.2.2. Schadensgutmachungen 2008

Betriebsausgaben sind Aufwendungen oder Ausgaben, die durch den Betrieb veranlasst sind (§ 4 Abs. 4 EStG 1988). Aufwendungen sind betrieblich veranlasst, wenn die Leistung, für die die Ausgaben erwachsen, ausschließlich oder doch vorwiegend aus betrieblichen Gründen (im Interesse des Betriebes) erbracht wird. Die Frage der betrieblichen Veranlassung ist unter Bedachtnahme auf die Verkehrsauffassung zu beurteilen. Ein bloß mittelbarer Zusammenhang mit dem Betrieb genügt, um eine betriebliche Veranlassung annehmen zu können (vgl. VwGH 22.10.2024, Ra 2024/13/0003, mwN; 27.5.2025, Ra 2024/15/0070). Ausgaben sind für das Kalenderjahr abzusetzen, in dem sie geleistet worden sind (§ 19 Abs. 2 EStG 1988).

Bei den Zuflüssen, die aus der Glattstellung der „***Treuänder 1 -Termingeschäfte***“ resultierten, handelte es sich um Einkünfte aus selbständiger Arbeit nach § 22 Z 2 1. Teilstrich EStG 1988, welche im Zeitpunkt des Zuflusses 2006 bzw 2007 zu erfassen waren. Diese Einnahmen resultierten aus dem unrechtmäßigen Verhalten des Beschwerdeführers, aufgrund dessen er insbesondere als Beitragstäter zur Untreue von ***Vorstand 1*** verurteilt wurde (Spruchpunkt II./B./ des Urteils des Landesgerichtes für Strafsachen Wien vom ***Datum Urteil LGS***, ***Zahl LGS***).

Im Dezember 2008 zahlte der Beschwerdeführer Beträge an drei „Leintuchgesellschaften“ (***Leintuchgesellschaft 3***, ***Leintuchgesellschaft 2*** und ***Leintuchgesellschaft 4***), die seines Erachtens durch die Handlungen, die zu seinen Einnahmen führten, geschädigt wurden. Die Abgabenbehörde führte selbst aus, dass Zahlungen in einer solchen Konstellation grundsätzlich Erwerbsaufwendungen darstellen (VwGH 28.4.2011, 2008/15/0259).

Der Argumentation der Außenprüfung, dass nur die Zahlung an die ***Leintuchgesellschaft 3*** als Betriebsausgabe anzuerkennen sei, konnte aufgrund folgender Überlegungen nicht gefolgt werden: Zwar war die Einschätzung der Außenprüfung, dass die unterpreisigen Ankäufe der Wertpapiere von der ***Leintuchgesellschaft 2*** und ***Leintuchgesellschaft 4*** dazu dienten, die Verluste der ***Leintuchgesellschaft 3*** niedriger und somit unauffälliger zu gestalten, nach Ansicht des erkennenden Senates ebenso korrekt wie ihre Einschätzung, dass sich der Beschwerdeführer nicht für den Erwerb der Aktien oder für die Finanzierung dieser interessierte (siehe auch Protokoll ***Zahl LGS***, 3. Tag, ***Datum 3. Tag***, Seiten 92, 94, 95) bzw durch die Zahlungen im Jahr 2008, der Versuch unternommen wurde, die Strafbarkeit aufzuheben (Tätige Reue nach § 167 StGB, Schreiben von 12.11.2008). Nach Ansicht des erkennenden Senates können diese Umstände aber nicht dazu führen, dass diesen Vorgängen bzw Zahlungen die betriebliche Veranlassung abgesprochen wird. Die gegenständlichen Schadensgutmachungen hätte es ohne die steuerpflichtigen Zuflüsse in den Jahren 2006 und 2007 unstrittig nicht gegeben. Nach Ansicht des erkennenden Senates stellten daher alle vom Beschwerdeführer im Jahr 2008 geleisteten Beträge (EUR 2.474.286,00) Betriebsausgaben dar.

Nach § 19 Abs. 2 S. 1 EStG 1988 sind Ausgaben für das Kalenderjahr abzusetzen, in dem sie geleistet worden sind. Rückzahlungen stellen einen Abfluss in dem Kalenderjahr dar, in dem die Rückzahlung erfolgt (VwGH 22.2.2017, Ro 2016/13/0004; 26.11.2002, 99/15/0154). Aus diesem Grund war der gesamte Betrag in Höhe von EUR 2.474.286,00 im Jahr 2008, in dem er geleistet wurde, zu berücksichtigen.

Das Vorbringen des Beschwerdeführers, dass diese Zahlungen ein rückwirkendes Ereignis nach § 295a BAO darstellen würden, weil es sich um eine Minderung eines Veräußerungs- und Aufgabegewinnes (aus Optionen) handeln würde und daher im Jahr 2006 und 2007 zu berücksichtigen seien, geht wiederum von dem den Feststellungen widersprechenden Vorbringen des Beschwerdeführers aus, dass es sich um steuerfreie Veräußerungsgewinne handelte.

4. „*Panama*** Fee“**

Ein Gewerbebetrieb setzt nach § 23 Z. 1 EStG 1988 voraus, dass Einkünfte aus einer selbständigen, nachhaltigen Betätigung erzielt worden sind, die mit Gewinnabsicht unternommen worden ist und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr dargestellt hat. Der Gewinnermittlungszeitraum ist das Wirtschaftsjahr, welches sich grundsätzlich mit dem Kalenderjahr deckt (§ 2 Abs 5 EStG 1988). Nach § 19 Abs. 1 S. 1 EStG 1988 sind Einnahmen in jenem Kalenderjahr bezogen, in dem sie dem Steuerpflichtigen zugeflossen sind. Nach § 19 Abs. 2 S. 1 EStG 1988 sind Ausgaben für das Kalenderjahr abzusetzen, in dem sie geleistet worden sind.

Der Beschwerdeführer beteiligte sich selbständig und nachhaltig mit Gewinnabsicht am wirtschaftlichen Verkehr. Der Erfolg der Tätigkeit hing weitestgehend von dem Beschwerdeführer insbesondere dessen Tüchtigkeit, Fleiß, Geschicklichkeit sowie von den Zufälligkeiten des Wirtschaftslebens (wie insbesondere der Verfügbarkeit eines geeigneten Ertragsobjektes) ab (VwGH 23.4.2001, 2001/14/0052). Dass diese Tätigkeit auch nachhaltig ausgeübt wurde, ergab sich nach Ansicht des erkennenden Senates daraus, dass die Vereinbarung über einen Zeitraum von über einem Jahr bestand. Aus dem Umstand, dass der Beschwerdeführer für die Übernahme der Aufgabe eine Vorabhonorierung erhielt, schloss der erkennende Senat, dass zumindest eine Entlohnung der eigenen Arbeitskraft angestrebt wurde (VwGH 27.7.1994, 91/13/0222). Dass sich der Beschwerdeführer am wirtschaftlichen Verkehr beteiligte, ergab sich für den erkennenden Senat daraus, dass der Beschwerdeführer über Vermittlung der ***Steuerberater 4*** einem ausländischen Investor seine Dienste anbot (VwGH 29.7.2014, 2011/13/0060).

Der Beschwerdeführer konnte im Jahr 2008 über die Zuflüsse in Höhe von EUR 1.034.000,00 frei verfügen (VwGH 29.4.2010, 2007/15/0293; 19.6.2002, 98/15/0142). Sie stellen im Jahr 2008 steuerpflichtige Zuflüsse nach § 19 Abs. 1 S. 1 EStG 1988 dar.

Änderungen in Folgejahren können einen einmal erfolgten Zufluss nicht mehr rückgängig machen (VwGH 1.9.2015, Ra 2015/15/0035; 17.11.2022, Ra 2020/15/0079). Rückzahlungen stellen einen Abfluss in dem Kalenderjahr dar, in dem die Rückzahlung erfolgt (VwGH 22.2.2017, Ro 2016/13/0004; 26.11.2002, 99/15/0154). Aus diesem Grund führten die Retournierung der Vorabhonorierung samt Zinsen und Spesen zu Betriebsausgaben im Jahr 2009. Ein Nachweis, dass dieser verwirklichte Sachverhalt aus „*österreichischer ertragsteuerlicher Sicht nicht relevant ist*“, konnte – entgegen dem Vorbringen des Beschwerdeführers – damit nicht erbracht werden (Stellungnahme 29.11.2013; Beschwerde 28.11.2014, Seite 77).

5. Tätigkeit als Hausverwalter der *Adresse 1*****

Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit liegen vor, wenn Einkünfte aus einer vermögensverwaltenden Tätigkeit erzielt werden (§ 22 Z. 2 1. Teilstrich EStG 1988). Als ausdrückliches Beispiel für solche Einkünfte nennt § 22 EStG 1988 die Tätigkeit als Hausverwalter.

Vergütungen an Gesellschafter einer Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielenden Personengesellschaft sind bei der Personenvereinigung als Werbungskosten abzugsfähig und als Einkünfte der Gesellschafter zu erfassen (VwGH 21.9.1993, 90/14/0057 zu EStG 1972). Dies weil § 28 EStG 1988 keine Zuordnung der Vergütungen für Leistungen der Gesellschafter zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung anordnet, die mit jener des § 23 Z 2 zweiter Teil EStG 1988 vergleichbar wäre (VwGH 12.9.1989, 88/14/0137 zu EStG 1972).

Nach den unstrittigen Feststellungen verwaltete der Beschwerdeführer das Gebäude ***Adresse 1***. Er erhielt hierfür von der Miteigentumsgemeinschaft jährlich ein Honorar. Dieses stellte Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit nach § 22 Z 2 1. Teilstrich EStG 1988 dar.

6. Vermietungstätigkeiten

Zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung nach § 28 Abs. 1 Z 1 EStG 1988 gehören insbesondere Einkünfte aus der Vermietung von unbeweglichem Vermögen, soweit sie nicht zu den Einkünften im Sinne des § 2 Abs. 3 Z 1 bis 5 EStG 1988 gehören.

Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 3 EStG 1988 sind der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten (§§ 15 und 16) bei den Einkunftsarten § 2 Abs. 3 Z 4 bis 7 EStG 1988 (§ 2 Abs. 4 Z 2 EStG 1988).

Nach § 15 Abs. 1 EStG 1988 liegen Einnahmen vor, wenn dem Steuerpflichtigen Geld oder geldwerte Vorteile im Rahmen der Einkunftsarten des § 2 Abs. 3 Z 4 bis 7 zufließen.

Nach § 16 Abs. 1 EStG 1988 sind Werbungskosten Aufwendungen oder Ausgaben zur Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung der Einnahmen.

Der Beschwerdeführer erzielte nach den getroffenen Feststellungen durch den Abschluss von Mietverträgen für Wohnungen in der ***Adresse 1***, und der ***Adresse 2***, Einnahmen im Sinne des § 15 Abs. 1 EStG 1988. Diese Mieteinnahmen erzielte der Beschwerdeführer alleine auf Grund seiner Initiative und auf eigenes Risiko, weswegen sie nicht Gegenstand einer einheitlichen Feststellung sein konnten (VwGH 15.1.1991, 89/14/0105). Die Miete sowie die Betriebskosten, die der Beschwerdeführer an die Miteigentumsgemeinschaft bzw die Hausverwaltung der ***Adresse 1***, bzw der ***Adresse 2***, überwies, stellten aus diesem Grund Werbungskosten im Sinne des § 16 Abs. 1 EStG 1988 dar, die bei der Einkünfteermittlung zu berücksichtigen waren. Weitere Werbungskosten wurden vom Beschwerdeführer nicht nachgewiesen.

Die vom Beschwerdeführer ursprünglich erhobenen Einwände im Zusammenhang mit der Vermietung der ***Adresse 1***, es handle sich um Mieteinnahmen der Miteigentumsgemeinschaft bzw stelle seine Vermietung eine steuerliche Liebhabereitfähigkeit dar, sowie das Vorbringen, dass einer seiner Söhne die Wohnung ***Adresse 2***, vermiete und er lediglich als Verwalter für ihn tätig sei, erhielt der Beschwerdeführer zuletzt nicht mehr aufrecht.

7. Dividenden

Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören Gewinnanteile (Dividenden), Zinsen und sonstige Bezüge aus Aktien oder Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 27 Abs. 1 Z 1 lit a EStG 1988). Die Kapitalertragsteuer betrug im beschwerdegegenständlichen Zeitraum 25% (§ 95 Abs. 1 EStG).

Dem Beschwerdeführer flossen in den streitgegenständlichen Jahren Bardividenden in der festgestellten Höhe zu. Diese waren als Einkünfte aus Kapitalvermögen mit 25% zu versteuern.

II. Zu Spruchpunkt II. (Revision)

Gegen ein Erkenntnis des Bundesfinanzgerichtes ist die Revision zulässig, wenn sie von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes nicht einheitlich beantwortet wird.

Die im Beschwerdeverfahren strittigen Rechtsfragen, ob (1) die Beträge, die einem Aufsichtsrat durch die Begehung einer Straftat zufließen, Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit darstellen, (2) wann ein Vorteil aus Optionen zufließt oder (3) zu dem Zeitpunkt, in dem ein

Abfluss eine Betriebsausgabe darstellt, sind durch die näher ausgeführte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes geklärt. Die übrigen Rechtsfragen (Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Einkünfte aus der Tätigkeit als Hausverwalter, Einkünfte aus der Vermietung von Wohnungen und das Vorliegen von Einkünften aus Kapitalvermögen beim Vorliegen von ausgeschütteten Dividenden) sind durch den Gesetzestext sowie die näher ausgeführte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes geklärt. Darüber hinaus waren die in freier Beweiswürdigung vorgenommenen Feststellungen des maßgeblichen Sachverhaltes (insbesondere hinsichtlich der Einkünfte aufgrund der Tätigkeit des Beschwerdeführers als „Sekretär“ von ***Zeuge 1***) entscheidungswesentlich (vgl zB VwGH 25.2.2016, Ra 2016/16/0006). Da keine Rechtsfragen vorlagen, denen grundsätzliche Bedeutung zukam, war eine Revision nach Art. 133 Abs. 4 B-VG nicht zuzulassen.

Wien, am 29. Mai 2026